

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark einschließlich der Postbestellgebühr. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 8. Juli 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 M., die sonstigen Anzeigen 5 M. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 78

51te Generalversammlung des Verbandes

Am Nachmittage des zweiten Verhandlungstages hat keine Sitzung stattfinden können, da die Generalversammlung sich an der großen Demonstration der Leipziger Arbeitererschaft zum Schutze der Deutschen Republik beteiligte. Es soll für den Ausfall eine Abend-sitzung eingelegt werden, je nachdem das Tagungslokal abends frei ist.

Dritter Verhandlungstag (5. Juli) Vormittags-sitzung

Seit stellt bei Eröffnung der Sitzung mit, daß der Verbandsvorstand namens der Generalversammlung einen Kranz am Grabe des Gründers unseres Verbandes, Richard Särtil, niederlegen lassen werde und erucht, aus den Delegierten der verschiedenen Gewerke eine Abordnung zu dieser Ehrung zu bestimmen, da die gesamte Generalversammlung mit Rücksicht auf die unlangreiche und wichtige Tagesordnung sich nicht daran beteiligen kann. Gleichzeitig wird festgelegt, daß heute abend zum Ausgleich des Zeitverlustes durch die für heute nachmittags vorgelebene grobe Verammlung der Leipziger Kollegenchaft in der „Sektiballe“ noch eine Abend-sitzung nach dieser Verammlung stattfinden soll. Des Weiteren wird bekanntgegeben, daß nach Berichten aus Berlin die Verhandlungen dortselbst fortgeführt worden sind und noch werden. In der Presse wird berichtet, daß der Reichsarbeitsminister festgestellt habe, daß eine Einigung leicht möglich wäre, diese jedoch dadurch erschwert werde, weil die Prinzipalfür verlangt habe, daß die Personale zuerst wieder in die Betriebe zurückgeben und anerkennen, daß sie Tarifbruch begangen hätten. Es wird nun heute vormittag in Berlin eine Verammlung das weitere entscheiden; ein neuer Antrag auf Stellungnahme der Generalversammlung ist daher nicht nötig, und er erucht, im Interesse der Berliner Kollegenchaft von der Beratung eines solchen Antrags, der wieder vorliegt, Abstand zu nehmen.

Begrüßungsschreiben der Mitgliedschaft Euxin und des Jugoslawischen Verbandes werden hierauf bekannt gegeben.

Da noch 35 Redner zum ersten Punkte der Tagesordnung eingetragen sind, erucht Seitz um Berücksichtigung der Tatsache, daß wir 16 Tagesordnungspunkte zu erledigen haben und uns nun schon drei Tage mit dem ersten Punkte beschäftigen. Die Generalversammlung sollte sehr viel Geld, und wir sind verpflichtet, mit den Mitteln der Organisation im Interesse der Kollegen parlamar umzugehen. Wir müssen daher alles weniger Wichtiges zurückstellen, eventuell durch Verkürzung der Redezeit. Wir müssen verfahren, heute nachmittag mit diesem Punkte fertig zu werden. Bringend notwendig ist es aber auch, daß alle Demonstrationsabsichten der Berliner Opposition unterbleiben.

Sinze vermehrt sich dagegen, daß der Berliner Opposition Demonstrationsabsichten unterstellt werden. Hätten wir schon am ersten Tag über den Berliner Konflikt verhandelt, so wären wir über diese Situation schon hinweg. Es geht nicht an, daß ein so großer Gau mit Nichtachtung (lebhafter Widerspruch) behandelt wird. Wenn die Prinzipale verlangen, daß die Gehilfen erst in die Betriebe zurückgehen, dann bedeutet das die Zumutung eines Anfalls; darauf gehört eine entsprechende Antwort. Sie in (Stuttgart) widerspricht diesem übermäßigen Antrag auf Stellungnahme zu den Berliner Vorgängen unter Hinweis auf die Verlegungen des Kollegen Seitz. Wir müssen endlich praktische Arbeit leisten. Wenn bis heute abend vielleicht Vertreter von Berlin anwesend sein werden, dann muß die Sache ja doch noch einmal behandelt werden.

Kolte: Für eine Gewerkschaft, die sich als freigeberischlich bezeichnet, ist es vornehmste Aufgabe und das Praktische, wenn sie sich mit einem solchen Kampf sofort befaßt; entweder für oder gegen. Daß aber die Generalversammlung nicht den Mut gefunden hat, die Bewegung zu der ihrigen zu machen (Wiesche Zwischenfrage: Unterstellung usw.), dadurch ist der Prinzipalfür in Berlin der Stamm mächtig geschwollen, und dagegen müssen wir protestieren oder wir sind keine Gewerkschaftler

mehr; ganz abgesehen von dem Tarifvertrag, der uns zu Sklaven macht.

Napp äußert sich in gleichem Sinne und vertritt den Standpunkt, daß die Generalversammlung nicht zusehen darf, wie die Kollegen in Berlin wochenlang auf der Straße liegen und sich schließlich verbluten.

Seitz protestiert gegen die Ausföhrungen Nappes unter besonderem Hinweis auf dessen sehr merkwürdige Stellungnahme gestern in der Frage des Attentats auf Harden. Tatsache ist, daß wir unsere Sympathie für die Berliner Kollegenchaft schon am ersten Tage zum Ausdruck gebracht haben.

Die darauf vorgenommene Abstimmung ergibt Ablehnung des Antrags mit großer Mehrheit.

Nunmehr wird in die Fortsetzung der Debatte zum ersten Punkte der Tagesordnung ein-etreten.

Silger: Bis jetzt hat sich herauskristallisiert, daß sich Anhänger des Tarifgemeinschaftsgedankens im Gegensatz zu jenen befinden, die sich auf den sogenannten Kampfstandpunkt stellen. In dieser Situation ist der Brief des Deutschen Buchdruckervereins an den Verbandsvorstand sehr beachtend. Dadurch werden die Kollegen in ihrem Kampfstandpunkt direkt gefährdet. Aber ein Kampfstandpunkt, wie ihn Kollege Proor vertritt, macht es begreiflich, daß die Prinzipale den Gehilfen das Tarif vor die Füße werfen. Die Opposition ist schon alt; es ist dasselbe, was auch Galsch getan. Seitz hat darauf hingewiesen, daß durch die Arbeitsgemeinschaft viel Arbeit verurteilt werde, ob aber durch diese viele Arbeit etwas Nennenswertes erreicht worden sei, das ist nicht gesagt worden. Die Opposition hat sich stets gegen langfristige Tarifabschlüsse gewandt. Auch in bezug auf den Generalfreih hat sich die Opposition anders eingestellt, und zwar gegen den Willen der Mehrheit. Auf der anderen Seite hat man aber noch während der Revolution den Generalfreih als General-unfuh bezeichnet, auch ein Teil unserer Organisationsvertreter. Proor hat den Abschlußentwurf auf das Konto der Gewerkschaften gelegt, das ist aber durchaus falsch. Wenn gegen die Oppositionsbücher vorgegangen werden soll, dann wird das nur zweckmäßig sein, wenn im „Korr.“ die Meinungsstrebheit in jeder Richtung gewährt wird. Dazu müßte aber eine Preis-Kommission eingesetzt werden. Zu den wilden Streiks wäre die Frage zu stellen, was würde denn Kollege Seitz machen, wenn er in einer Bude stünde, wo es explodiert zum Streik kommt? Die Unternehmer haben den Tarif gekündigt. Das Schreiben sagt genug. Das Arbeitsministerium muß in der Regel anerkennen werden, um eine Verhängung zu erreichen; das bedeutet Schlußbruch der Tarifgemeinschaft. Es muß der Jubelstiller möglichst nahe zu kommen sein auf anderem Wege. Die Opposition lehnt es ab, eine Zerplitterung herbeiführen zu wollen. Die Organisation wollen wir nicht zerkrümmern; wir wollen sie aber auch nicht zu einer Versicherungsgesellschaft herabsinken lassen. Die Opposition wünscht die Hebung der wirtschaftlichen Lage durch Einführung der sozialistischen Gemeinwirtschaft. Ein denkfauler Mensch macht überhaupt keine Opposition. Seitz stand früher selbst in Opposition. Durch die Tarifgemeinschaft werden die Kollegen eingelullt. Es ist Goll sei Dank anders gekommen; die Prinzipale können uns daher ruhig die Tarifgemeinschaft vor die Füße werfen. Dazu brauchen wir aber Stämpfer und keine Versicherungsmittglieder.

Ein Antrag, nun auch Provinzvertreter zum Worte kommen zu lassen, und zwar nach den Eintragungen in die Rednerliste, wird nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte gegen 48 Stimmen abgelehrt.

Thorban: Wenn Seitz sagte, wir hüßen zu entscheiden, ob der Zentralvorstand seine Pflicht erfüllt habe, so wird kaum jemand bestreiten, daß er dies nach bestem Wissen und Gewissen getan hat. Daß wir aber mit den gegenwärtigen Zuständen innerhalb unserer Organisation zu rechnen haben, beweist, daß diese Pflichterfüllung nicht genügt hat. Die Erklärung, daß daran der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund schuld sei, ist leicht zu sagen; aber es ist ausnehmend zu halten, daß zwischen der Entlohnung der gesamten übrigen Arbeitererschaft und unserer Entlohnung ein großer Unterschied besteht; es ist ein großes Manko vorhanden. Seitz hat auch Kritik an der Hamburger Be-

wegung geübt; aber aus dem „Korr.“ ist zu ersehen, daß es nicht nur Hamburg ist, wo die Unzufriedenheit groß ist; das trifft auch für die Provinz in weitem Umfange zu. Berlin befindet sich jetzt im Streik und in vielen Orten sind Bewegungen kaum noch aufzuhalten. In Hamburg haben wir nur mit äußerster Anstrengung von ähnlichen Schritten zurückhalten können, weil die Generalversammlung vor der Tür stand, die uns die Wege für die Zukunft zu weisen hat, um aus dem gegenwärtigen Elend herauszukommen. Wenn nur die Lage unseres Gewerbes maßgebend sein soll, dann wird die Bewegung aber uns hinweggeben. Es ist einfach unmöglich, daß ein verheirateter Kollege in Hamburg mit 300 Mk. weniger auskommen kann als ein 18jähriger Kutscher. Sogar die „Deutsche Handelswoche“, ein Organ der deutschen nationalen Handlungsgehilfen, hat den Artikel „Alarm“ in der Zeitschrift abgedruckt und scharfe Kritik daran geübt. Seitz hat gesagt, daß wir im Jahre 1921 weiter gekommen seien als die Feuerung; das kann aber doch nur dann zutreffen, wenn man die ganz ungenügende gleitende Lohnskala der Reichsstatistik zugrunde legt. Damit ist aber nicht ausgeglichen, was wir vorher schon eingelebt haben. Im Dezember v. J. war der Durchschnitt erreicht. Aber die Tatsache, daß das nächste Lohnabkommen auf 8 Wochen abgeschlossen wurde und die Mittel Gehälter die streikende Brotverwertung, die ein Steigen aller andern Lebensmittel mit sich brachte, führte wieder abwärts, während alle anderen Arbeiterkategorien im Februar wieder neue Lohnverhandlungen hatten. Und jetzt dieser Zeit sind wir hoffnungslos unter die Räder gekommen. Wenn dann im „Korr.“ von einer neuen Epoche auf dem Gebiete der Tarifgemeinschaft die Rede war, so war dies aus dem Beschlußprotokoll nicht zu ersehen. Die Haltung der „Zeitschrift“ war in der Folgezeit eine direkt entgegengesetzte. Die Prinzipale haben es ausgeglichen verstanden, eine Verschleppung bei jeder Tarifausschüßlung herbeiführen. Die Folgen gebliebenen Stellenanahme zur Not der Presse haben bewiesen, daß die Taktik der Organisation nicht richtig war. Die Prinzipale sind trotzdem in der Lage, riesige Abschreibungen zu machen, neue leuere Maschinen und Produktionsmittel zu beschaffen; auf der anderen Seite legen sie, daß sie die Kapitalisten für die Lohnverbüßungen nicht aufzubringen vermögen. Auch die vorgekommene parteiliche Zusammenfassung des Schlichtungsausschusses hätten Organisationsleistung und die Gehilfenvertreter nicht zulassen sollen. Gegen die wilden Streiks hat Seitz sehr harte Worte gefunden. Das ist zu verstehen; er muß das tun. Aber daß sich die Kollegenchaft bedenkenlos über die Grundzüge der Organisation hinweggehet habe, stimmt nicht. Im Interesse der Allgemeinheit waren die betreffenden Mitgliedschaften gezwungen, in den Streik zu treten. Dazu ist keine kommunistische Seite nötig gewesen. Die Tarif-reue unter allen Umständen zu wahren, ist nur dann berechtigt, wenn auch die andere Seite diese Treue beachtet. Aber in dieser Richtung ist zu sagen, daß wir eigentlich schon längst keine Tarifgemeinschaft mehr haben. Die Prinzipale haben nur noch beim Preis-Tarif Sympathie für sie, im übrigen stellen sie sich den Klassenstandpunkt.

Kolte: Wir haben schon oft über die Lage der Buchdrucker gesprochen. Woraus resultiert dies alles? Seitz hat auf die unverhältnißlichen Ansprüche der Sieger hingewiesen. In dem Versailles Friedensvertrag sind alle diejenigen Schuld, die die kapitalistische Gesellschaft jederzeit in irgendeiner Weise unterläßt oder gefördert haben. Dabei ist auch die Frage der Erfüllungspolitik zu ver-sieren. Das führt zu anderen Anschauungen, als die Revolution bis jetzt gezeigt hat. Die Auswirkungen des Krieges haben einen gewaltigen Einfluß auf die Gestaltung des Gewerkschaftslebens. Durch die Geldentwertung wird unser Land immer ärmer, und trotzdem haben die Kapitalisten nichts veräußert, um aus dieser Entwicklung noch besonderen Nutzen zu ziehen. Nun haben die Prinzipale den Tarif gekündigt. Dadurch setzt sich die Initiative auf Unternehmerseite. Wir lassen jetzt erst an uns heran-kommen. Der beabsichtigte Organisationsvertrag zielt auf eine Auseinanderreißung der bisherigen Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationsparteien auf Arbeiterseite im graphischen Gewerbe ab, um sie dann gegeneinander aus-

zupreisen. Schaeffer hat schon verschiedene Male den Versuch gemacht, durch Ausbau der Tarifgemeinschaft die Verhältnisse zu bessern; aber er hat damit Schiffsbruch gestiftet. Auf diesem Wege ist mit dem Unternehmertum nichts zu erreichen; eine Überbrückung der Gegensätze ist unmöglich. Durch die Tarifgemeinschaft haben wir immer nur Schläge auf den Magen bekommen. Das Unternehmertum unfres Verbandes soll dazu dienen, uns in Not geratenen Kollegen über Wasser zu halten. Das ist aber nicht möglich. Selbst der Staat zeigt nicht sozialer Interesse für diese Opfer der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das die Sozialreformer durch unfre Unternehmerrichtungen noch geschädigt werden, ist beispiellos. Der „Storr.“ soll dazu dienen, das Sprachrohr aller Kollegen und Richtungen zu sein, und zwar in rein sachlicher Weise. Wegen die unerhörte Verteuerung, den Wucher und das Schieberium wird von der Regierung nichts getan, weil man den Besitz und das Privatigentum nicht antasten will. Die Arbeitsgemeinschaft und Aufbaupolitik ist in einen Scherbenhaufen vollkommen zusammengebrochen. Was kann nur durch Veränderung der Produktionsweise übermunden werden, andernfalls werden wir zermalmt werden. Dabei müssen wir alle Kräfte anstrengen, um diese Gesellschaft selbst zu zermalmen.

Saßler: Ich würde der letzte sein, der dem Verbandsvorstande nicht volles Verständnis entgegenbringen könnte; aber der Verbandsvorstand muß auch der Stimmung der Mitglieder gleiches Verständnis entgegenbringen. Numerisch haben wir wohl in erheblicher Weise Fortschritte zu verzeichnen; aber an Geist haben wir nicht zugenommen. Die Verteilung des Gewerkschaftsgedankens ist nicht vorgeschritten. Die Opposition in der Provinz ist weniger auf ideale als auf materielle Gründe zurückzuführen. Die Verhältnisse der Opposition in den Großstädten gefallen mir nicht. Sie sind wohl von idealen Grundrissen getragen und wollen alle, ideale Grundriss unfres Verbandes auf die Seite stellen, auch wir verlangen Verbesserungen auf idealen Gebieten, aber die Sorge um das tägliche Leben steht uns näher. Und nach dieser Richtung hat die Tarifgemeinschaft mehr und mehr verlagert und den Bedürfnissen der Gehilfenchaft in keiner Weise Rechnung getragen; sie wird es auch in Zukunft nicht tun. Und daraus entstehen die größten Schwierigkeiten für unfre Führer. Eine weit größere Gefahr als die Opposition bilden für uns die Prinzipale. In Unternehmenmerkmalen hat sich die Tendenz durchgesetzt, daß die Tarifgemeinschaft zum Teufel geben müssen. Auch bei der wilden Bewegung in Darmstadt ist versucht worden, ihr mit allen Mitteln Herr zu werden. Und trotzdem haben drei Verammlungen kein andres Resultat gehabt als die Entscheidung, sich außerhalb der gewerkschaftlichen Disziplin zu stellen, weil der Zwang zur Verbesserung der Lebenshaltung härter war. Wir müssen uns daher wohl oder übel auf den Kampfstandpunkt einstellen. Aber dieser Klassenkampfstandpunkt allein genügt nicht. Unfre Kollegen treten nicht wegen des Klassenkampfes in den Streik, sondern zur Verbesserung ihrer Lebenslage. Die letzten Tarifabschlüsse haben gezeigt, daß manche Tarifabschlüsse hätte gespart werden können. Die „Storr.“-Redaktion sollte es vermeiden, Oppositionsartikel vor Veröffentlichung einem andern zur sofortigen Erwidrerung zuzuleiten. Dem Verbandsvorstande könnte mit gewissen Beschränkungen das Vertrauen ausgesprochen werden. Die Opposition hat keine neuen Wege gezeigt, aber wir müssen den Geist der Kollegen revolutionieren. Innerhalb der Tarifgemeinschaft ist das aber unmöglich. Die Gewerkschaften sind ein Instrument, das wir benutzen müssen, solange es irgend möglich ist. Das reine und sachliche Opposition getrieben wird, ist gut; sie kann befriedigend wirken.

Georg: Mit den großartigen Resolutionen in Nürnberg zum organischen Ausbau haben wir Schiffbruch gestiftet. Machen wir daher Schluß damit, die neuen Wege finden sich von selbst. Wenn das Gewerbe uns nicht erhalten kann, dann dürfen auch keine Beibrillings mehr eingestellt werden. In den Beschlußprotokollen des Tarifauschusses sind die Namen der Redner zu veröffentlichen; am besten wäre es, die Protokolle würden überhaupt nicht mehr veröffentlicht. Die Oppositionsblätter sind nicht zu veröffentlichen, deren Artikelredakteure müssen sich im „Storr.“ Stellung verschaffen.

Mombauer: Eine Beurteilung des Geschichtsberichts muß sich darauf beschränken, festzustellen, ob die Richtlinien der Nürnberger Generalverammlung richtig waren. Neue Wege werden immer aus den Verhältnissen geboren. Ein Streik um politische Gegenstände muß ausgeschlossen werden. Solange wir wirtschaftlich nicht weiterkommen, ist auch kein größerer Idealismus möglich. Besonders in Rheinland-Westfalen haben wir erkannt, daß der Tarifgemeinschaftsgedanke nicht mehr am Platze ist; daraus muß auch die Konsequenz gezogen werden. Die neuen Wege liegen in Anträgen vor. Wenn man Oefelie schafft, müssen sie gehalten werden, aber deshalb müssen auch die Oefelie so sein, daß sie beachtet werden können. Auch ich bin mit Selb der Auffassung, daß die Lohnkommission in Rheinland-Westfalen nicht berechtigt war, aber diese Frage ist als eine rein bürokratische dieses Ganges zu betrachten und sollte hier ausschalten. Die Unterstellungen im „Storr.“ in dieser Frage waren nicht berechtigt. Die allgemeine Lage ist verfallener, verlangt neue Wege und bessere Oefelie, dann werden wir auch unfre Interessen zu wahren verstehen. Die Tarifgemeinschaft hat nur dann noch eine Bedeutung, wenn sie uns Vorteile bringt.

Pump: Das Wort „Vollständig“, das Selb mehrfach gebraucht hat, ist in der Vergangenheit vielfach auch zu viel gebraucht worden. Den Lohnverbesserungen sollte man auch die großen Gewinne der Prinzipale gegenüberstellen. Es sind manche Momente verpaid worden; man hätte zeigen sollen, daß man auch eine Kampforganisation sein kann. Bei den Wahlen im vorigen Jahre wäre eine

solche Situation gewesen. In Hamburg wurde der Kampf in idealer Weise geführt und unfre Führer haben dort ihre Pflicht getan. Die Hauptung, daß in Hamburg eine kommunikativer Buchdrucker in einer Hilfsarbeiterverammlung aufgepußt habe, ist nicht richtig. Wir Norddeutschen hätten es schon längst gern gesehen, wenn der Beitrag wesentlich erhöht worden wäre. Die Prinzipale lachen sich ins Fäulichen, die höchsten Materialpreise können sie für alle Neuanstellungen bezogen, nur für die Lohnverbesserungen haben sie kein Geld. Prinzipale, die früher nicht lappen konnten, haben heute genügend da. Die schweren Vorwürfe gegen den Kollegen Schliebs sind nicht berechtigt; er muß nach jeder Seite gerecht sein. In die Opposition ist die Mahnung zu richten, die Politik treibe in den Verammlungen zu unterlassen und an einer gesunden Gewerkschaftspolitik mitzuarbeiten. Grundsätzlich stehen wir vor einer Einigung der Arbeiterklasse; sie wird aber nur zu erreichen sein, wenn man uns nicht mehr als Geiße bezeichnet, wie es gegen die Anhänger der Amsterdamer Internationalen ausgesprochen wurde.

Ulbrecht (Ahn): Die organisatorische Ruhe wurde weitgemacht durch die vielen tariflichen Bewegungen. Die Ursachen dieser Zustände sind weder durch den Verbandsvorstand noch die Gehilfenvertreter zu beklagen, auch nicht durch die Opposition. Gerade die Kollegen im beklagten Gebiete lernien die Wirkungen des Verfallener Friedensvertrages am besten erkennen, die uns zu jahrzehntelanger Schlovenarbeit verurteilten. Dagegen haben wir aber im Auslande noch wenig Unterstützung gefunden, obwohl wir gegenüber der ausländischen Arbeiterchaft immer gegenüber gestellt haben. Es ist leistunglos, daß der Verbandsvorstand in keiner Weise gegen die Richtlinien von Nürnberg verstoßen hat. Die Erhaltung des Gewerbes hat auch für uns, nicht nur für die Prinzipale, eine große Bedeutung, weil es sich um die Grundlagen unfre Erhaltens handelt. Die verschiedenartigen Forderungen zu den Tarifabschlüssen kommen nicht von den Gehilfenvertretern, sondern aus den Mittelstellen. Die Oefelie zur Tarifgemeinschaft geht auch bei uns so weit, wie es in unfrem Interesse liegt. Die Jurisdiktion auf den Klassenstandpunkt beilegt die wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch lange nicht. Wir müssen unfre alten Wege mit den neuen verbinden. Die wilden Streiks erfordern ungeheure Opfer der Kollegen, haben aber der Allgemeinheit wenig genützt. Die Streikwaffe wird dadurch nur abgestumpft und die Zerplitterung treibt Kette in unfre Reihen. Die Lohnkommission in Rheinland-Westfalen war eine vollständige Nebenregierung. Unter solchen Umständen kann keine Organisation mehr arbeiten, das führt zum Chaos, bei dem niemand mehr eine Verantwortung zu tragen habe. Ein entsprechender Ausbau der Tarifgemeinschaft muß vorgenommen werden, das wäre das beste Werk für die gesamte Kollegenchaft.

Streich: Das will in immer schlechteren Verhältnissen getrieben sind, bedingt eine Unterfuchung der Ursachen. Wenn man von der Valuta redet, dann sind Schwierigkeiten zuzugeben. Das aber auch die Inlandspreise der Valuta angepaßt werden, ist nicht nötig. Die Gehilfenvertreter haben sich ihr mögliches getan, aber die Tarifgemeinschaft hat sich überlebt. Und die Prinzipale haben sie längst über Bord geworfen. Wir müssen von den Unternehmern lernen, die rücksichtslos ihre Interessen vertreten. Die irdischen Bewegungen sind Scheinwerfer, die die Lage in unfrem Organisation scharf beleuchten. Das außenstehende Instanzen bei der Lohnreglung uns helfen müssen. Ich ebenso charakteristisch. Wir dürfen uns nicht nur in Abwehrstellung halten, sondern zum Angriff übergehen. Das die Spitzenorganisationen von den durch die Revolution erzeugten Ergründungen mehr und mehr abgewichen sind, ist bedauerlich, was insbesondere von den zehn Punkten gesagt werden muß. Solche Rückfälle erschüttern den Glauben an den Sozialismus und das ist das Schlimmste. Es müßte mit dem Teufel zugeben, wenn wir den Unternehmern nicht abtrohen könnten, was wir zu fordern berechtigt sind. Dazu bedürfen aber nicht kleine verzeitelte Organisationen in unfrem Gewerbe, sondern eine kraftvolle Inbultreorganisation.

Vertram: Die Tätigkeit des Verbandsvorstandes zwischen heute und Nürnberg kann nicht vollkommen sein; denn vollkommen ist keines Menschen Werk. Die ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen unfre Organisationsstellung zu rechnen hatte, müssen berücksichtigt werden. Auch andere Organisationen ist es nicht gelungen, die Löhne der Feuerung anzupassen, obwohl sie teilweise unter viel günstigeren Verhältnissen arbeiten. Einen vollen Ausgleich kann keine Gewerkschaft erreichen. Die Lohnkommission war, gelinde gesagt, eine große Missetat. Die Prinzipale hat daraus auch besondere Nutzenwendungen gezogen. Derartige Vorkommnisse bedeuten den Anfang vom Ende der Zentralorganisation. Das gesamte Unternehmertum wartet auf den Augenblick, um gegen die Arbeiterchaft einen verntschenden Schlag zu führen. Am lohnlicher ist es, daß der Verbandsvorstand eine vorläufige Taktik beobachtet hat.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird nach kurzem für und wider abgeleitet, dagegen ein Antrag, zunächst noch je einen Vertreter der Oeue zum Worte kommen zu lassen, von denen noch kein Vertreter gesprochen hat, mit großer Mehrheit angenommen.

Plingken: Selb ist, daß der Verbandsvorstand sich gewissenhaft an die Richtlinien der Nürnberger Generalverammlung gehalten hat. Es ist eine Gelundung der Opposition in mancher Richtung zu verzeichnen, vor allem nach den Ausführungen Streichers. Aber ein neuer Weg wurde nicht gezeigt; der fändige Hinweis auf den Klassenkampf hat nur die Bedeutung einer Phrase. Auch die Lohnverbesserungen innerhalb der Tarifgemeinschaft sind ein Stück Klassenkampf, wozu sich jeder überzeugen

kann, wenn er an den Verhandlungen teilnehmen könnte. Daß die gewerbliche Ordnung auf Kosten der Kollegenchaft gelassen worden ist, geht weit über die Zahlen hinaus. Eine Gemeinwirtschaft auf dem Boden des Sozialismus ist unfrem Ziel. Daß dieses Ziel noch nicht erreicht ist, kann nicht dem Verbandsvorstande zum Vorwurfe gemacht werden. Gegen eine Opposition, die sich auf den Standpunkt des Statuts stellt, ist gar nichts einzuwenden. Lann darf die Opposition aber keine eigenen Organisationen schaffen. Das Schreiben der Prinzipale spielt uns zur Einheitsfront.

Hemmerich: Die Linke des Hauses hat die geistlichen Verhältnisse nicht genügend berücksichtigt. In einem großen Teile der Schwermertellen sind unfre Kollegen selbst schuld. Auch mir hat nicht alles gefallen, was Schliebs getan; aber die Erhaltung des Gewerbes war kein Ziel, auch in unfrem Interesse. Auch in Bayern herrscht große Unzufriedenheit mit den heutigen Verhältnissen; und die Kritik darüber wird sich vernehmen lassen, je nach persönlicher Veranlagung. Die Kollegen in der Großstadt haben es leichter; sie sind nicht an wenige Betriebe gebunden wie die Provinzkollegen. Eine Lohnpolitik, die sich auf Diktat stützt, würde auch für die Kollegen in den Großstädten gar bald gefährlich werden. Auch in der Hilfsarbeiterfrage bestehen in der Provinz viel größere Schwierigkeiten als in den Großstädten. Wenn auf diese Verhältnisse allerletzt Rücksicht genommen wird, dann trenn uns nichts mehr.

Reiser: beklagt eine gewisse agitatorische Vernachlässigung der Kollegen im Osten Deutschlands. Die Tarifgemeinschaft hat für uns großen Nutzen, deshalb kämpfen wir auch heute noch für sie mit Einsetzung großer Opfer. Ideeller wie materieller Art; mit persönlichen Opfern, von denen die Kollegen in der Großstadt kaum eine Ahnung haben. Daß uns die Prinzipale den Tarif vor die Füße werfen, ist doch gerade ein Beweis dafür, daß sie hoffen, ob sie diesen weiter zu kommen als bisher. Sie wollen wieder die Beibrillingszahl und alle übrige Macht über die Arbeiterchaft, die sie früher hatten ohne Tarifgemeinschaft. Solange wir nichts Besseres an deren Stelle zu leben haben, müssen wir die Tarifgemeinschaft hochhalten; solange wir nicht diktieren können, müssen wir pagieren. Nur die Kraft unfre Organisation schützt uns vor solchen Anschlägen auf unfre Erhaltens und unfre Menschenrechte.

Sönig (Salle): Die Redensarten Engelmeyers sind all und auch in Mitteldeutschland schon längst bekannt. Sie sind nur Programmpunkte einer politischen Partei. Schon seit Ausbruch der Revolution haben wir eine solche Intoleranz in fast allen Verammlungen. Nicht, was man sagt, wird beachtet, sondern welcher Partei standpunkt dabei in Frage kommt, das bildet die Ursachen und die Grundlagen dieser Unzulässigkeit. Damit müssen wir brechen. Eine Gewerkschaftspolitik kann nicht mit dem Selbstbetriebe werden, sondern nur mit dem Verstand. Auch ich habe kein Beispiel in den Jahren, aber was die letzten Jahre an unfre Führer an Arbeit und Singsänge gesprochen, das war oft mehr, als was man billigerweise verlangen konnte. Wir haben uns in vollem Bewußtsein unfre Verantwortlichkeit auf den Standpunkt stellen müssen, daß ein magerer Vergleich oft besser ist als ein letzter Prozeß. Auch für uns sind die Wurzeln des Gewerbes von großer Bedeutung. Es gibt kein Moment, das nicht den Prinzipalen schon mehr als genug mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt ist. Und besonders unfre Kollege Selb hat in dieser Hinsicht im Tarifauschusse gegenüber den Prinzipalen schon mehrmals Worte gefunden, die ich noch auf dem Totenbette nicht verzeihen würde.

Klein (Stuttgart): Aus der Diskussion hat sich ergeben, daß gar kein Antrag vorliegt, dem Verbandsvorstand ein Mißtrauen auszusprechen. Er hat die Beschlüsse der Nürnberger Generalverammlung mit großer Gewissenhaftigkeit beachtet und dafür verdient er Dank. Hinter der Phrasen des Klassenkampfes steht oft der Gedanke, daß, wenn man mit einem Unternehmer verhandelt, man schon von vornherein verloren ist. Das gilt für gewisse Arbeiter, die schon schwach werden, wenn sie nur einen Unternehmer sehen. Mit wem soll man denn verhandeln? Mit dem Papst vielleicht, weil er neutral ist, oder mit den Prinzipalen? Der Antrag 13 ist ein großer Anzeleblichbaulen, das ist eine unerbittliche Schaukelpolitik; da soll man doch lieber sagen: Streik und immer wieder Streik. Tarifgemeinschaft oder Tarifvertrag sind nur Namen; es kommt auf den Inhalt und nicht auf die Form an. Seit zwei Jahren haben wir schwere Kämpfe im Tarifauschusse; auch Engelmeyer war einmal dabei, und auch er hat schließlich die Verantwortung auf seinen Buckel genommen, weil es auch nach seiner Ansicht nicht anders ging. Die Unternehmer wollen nun die Zentralfärkte zu Falle bringen; da heißt es, geruht und einig zu sein. Selbst die Kommunisten haben in Stuttgart erklärt, daß jede lokale Bewegung eine Schwächung der Organisation bedeutet. Mehr Kollegialität und Dualität ist in den Vordergrund zu stellen. Die Gehilfenvertreter müssen die Lage und die Verhältnisse der gesamten Kollegenchaft und nicht nur jene in den Großstädten berücksichtigen und müssen daher oft gegen ihre eigene persönliche Auffassung sich härteren Verhältnissen fügen. Ein Pump wäre derjenige, der die Arbeiterchaft einem Abgrunde zuführen und deren Organisationen in ihren Grundrissen erschüttern wollte nur um des Kampfes willen. Wir befinden uns seit Ausbruch der Revolution auf Neuland, zu dessen Bewachung wir noch gar nicht genug Kräfte haben. Das ist bitter, und es tut bis ins Innerste weh, wenn man zugeben muß, wie die Führer unfre Organisation heruntergerissen werden.

Straffer: wendet sich gegen die Opposition, die in Wirklichkeit gar keine Ahnung habe, wie es draußen im Land aussieht. Wir wollen alle den Kapitalismus bekämpfen. Wir haben hier keine politische Arbeit zu

Die in der großen „Zertifikate“ auf dem Festplatz in Leipzig am Mittwoch, dem 5. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Gauvorstand einberufene große Demonstrationen-versammlung der Leipziger Kollegenchaft gestaltete sich zu einer eindrucksvollen und für alle Teilnehmer unvergesslichen Kundgebung internationaler Zusammengehörigkeit der Buchdrucker. Da wir über diese Versammlung in einer der nächsten Nummern in einem besonderen Artikel die höchst wichtigen und lehrreichen Ausführungen der zu unserm Verbandsstag erschienenen Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen in Österreich, der Schweiz, in Böhmen, in Ungarn, in Jugoslawien, Schweden und Holland der deutschen Kollegenchaft zur Kenntnis bringen werden, teilen wir hier nur kurz mit, daß diese riesige Buchdrucker- und gewerkschaftliche Versammlung der Leipziger Kollegenchaft fast vollständig besucht war, so daß man wohl sagen kann, daß noch nie in ganz Deutschland eine so große Anzahl von Buchdruckern in einer Versammlung vereint war. Eingeleitet wurde die Versammlung durch den Gelangenschein „Gutenberg“ mit dem prachtvoll vorgelegenen Chor „Ich werde dein“, worauf der erste Gauvorstand Hesse in kernigen Worten auf die erste Seite, ihre großen Gefahren für die gesamte Arbeiterchaft und die Notwendigkeit unerschütterlicher Verbandsdisziplin hinwies. Ihm folgte unser Verbandsvorstand Selb, der in eindringlicher Weise der Kopf an Kopf in der weiten Halle das Problem umfassen der Kollegenchaft die Notwendigkeit kollegialer und gewerkschaftlicher Geschlossenheit vor Augen führte. Der Sekretär des Internationalen Buchdruckerkongresses sowie alle übrigen anwesenden ausländischen Delegierten sprachen dann in kurzen markanten Worten von der Not, von den Sorgen und Hoffnungen unserer ausländischen Kollegen, gleichzeitig aber auch von dem großen Vertrauen, das in allen Ländern den deutschen Buchdruckern und ihrer vorbildlichen Gewerkschaftsarbeit seit allen Zeiten entgegengebracht wird. Nach diesen Ansprachen wurde folgende Entschließung ohne Diskussion einstimmig angenommen:

Die am heutigen Tage nach Lausden in Leipzig versammelten Gehilfen bringen dem im Kampfe lebenden Berliner Kollegen ihre herzlichste Sympathie entgegen und wünschen ihnen vollen Erfolg. Den Abschlus der Veranstaltung bildete die von der unermüdbaren und stillhohen Sängerschaft vorgelegene Arbeiterinternationale, deren Refrain von der Reizungsversammlung mit wuchtiger Kraft mitgesungen wurde.

Chirurg für Richard Kästel

Zwischen Nachmittags- und Abendbildung des dritten Verbandstages begab sich eine Deputation von Vorstandsmittgliedern und Delegierten nach dem Säkularhofe, der in formidabler Blumenpracht einen noch stärkeren Eindruck macht, als es obenhin zu jeder Jahreszeit der Fall ist. Der „alte Kästel“ schaute von seinem Spindel wohl noch etwas friedlicher herab, als sie vor ihn blickten, die von der ersten Generalversammlung des Verbandes herausgekommen waren an seinen stillen Ruheplatz. Mit dem einen von der Deputation, unserm Heinrich Wendisch (Dresden), hat er ja im Leben ernste und frohe Stunden viele erlebt.

Der Führer der Deputation, Verbandskammerer Schweinitz, legte mit sinnigen Worten den prachtvollen Kranz nieder, dessen Inschrift dem Gründer unserer Organisation den Dank und die Anerkennung der Generalversammlung Leipzig 1922 ausdrückt. Stille Ehrfurcht herrschte in dem kleinen Saale.

Dann ging es zurück, um zur dritten Redefachschacht an einem Tage die Reihen zu füllen. Richard Kästel wird ihr im Saale beigegeben und gefunden haben, daß die Generalversammlungen 1922 wie 1876 in Leipzig in mehr als einer Beziehung verwandte Züge aufweisen. Die Geschichte des Verbandes läßt das ohne weiteres erkennen.

Abendbildung

Die 7 1/2 Uhr wieder aufgenommenen Sitzung bringt zunächst das Schlusswort des Verbandsvorsitzenden zum Geschäftsbericht.

Selb führt dabei aus: Zweieinhalb Tage wurde hier beraten und debattiert über den Geschäftsbericht. Die ganzen Wirtschaftsprobleme wurden dabei aufgearbeitet, und zum großen Teil war alles auf die Kritik eingestellt. Trotzdem ist die Auslese von Brauchbarem für die Zukunft nur gering. Fiedler hat gesagt, daß er könnte keine neuen Wege aufzeigen außer dem Klassenkampfe. Was ist es mit diesem? Soll mit dem Generalstreik oder durch fortgesetzte Mitarbeiter die proletarische Bewegung gefördert werden? Man debattiert jetzt darüber, wo und wie die Bezirkswirtschaftsräte eingeleitet werden sollen, um erpriehtlich zu wirken. Ein Unterbau dafür ist notwendig. Ein a ist man sich darüber, daß nur auf paritätischer Grundlage etwas zu erreichen ist. Deshalb das Verlangen, die Handels-, Handwerks- und Gewerbestämmern paritätisch auszugestalten. Ist die Mitarbeiter-, um Arbeiterinteressen zu fördern, nicht auch Klassenkampf? Die Gewerkschaften haben diesen Kampf stets geführt. Das haben die Unternehmer weit besser begriffen als viele Arbeiter. Deshalb nehmen sie in schärfster Weise Stellung gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter. Nicht die radikale, sondern die gleichwohl gewerkschaftliche Mitarbeiter untergründet die Nachpositionen der Unternehmer. Wer alles dies bedenkt, wird nicht zu einer Verurteilung der Verbandspolitik kommen. Die Resolution Fiedler schlägt den Mahnungen ins Gesicht, die wir von ihm selbst gehört haben, namentlich in ihrem zweiten Teil.

Stange: Der frühe Termin des Tarifverhandlungen hat großen Unwillen hervorgerufen. Nur der Hinweis auf die zu fordernde Rückwirkung der neuen Zulage vom 1. Juli ab verminderte Beunruhigung zu schaffen. An dieser Forderung muß festgehalten werden angesichts der gewaltig gestiegenen Steuerung. An wilden Streiks ist nicht, wie behauptet wurde, die kalte Zählung des Verbandes schuld, sondern lediglich die Jugendlichkeit der Prinzipale. So war es auch in Erlurt, (Redner geht auf diese Bewegung näher ein.) Heranzuziehen ist, daß der Verbandspräsident Verhältniss für die Erlurter Bewegung bewiesen hat und sich mit dem Gauvorstande dafür einsetzte, daß sie erfolgreich verlief. Mehr Agitation ist dringend nötig. Mittel und Wege müssen daher gesucht werden. In der Mailerei ist größere Klarheit anzustreben. Dem Verbandsvorstande vorzuwerfen, daß er Geblir gemacht hat, ist leicht, aber es besser zu machen, außerordentlich schwer.

Riese bedt als berufstätiger Organisationsvertreter bei den Tarifverhandlungen führt aus: Aus Versammlungsberichten klingt oft hervor, daß die Gehilfenvertreter ihre volle Schuldigkeit nicht getan hätten. Man tut so, als ob im Tarifausschusse lediglich gemäßigtes Parlamentieren gang und läge wäre. Das direkte Gegenteil ist der Fall, und Rückschlüsse an die Gehilfenvertreter über die von ihnen einzuführende Taktik sind völlig überflüssig. Diese haben in den beiden letzten Jahren ihre Pflicht in einem Maße getan, von dem man nur wünschen möchte, es möge liberaler der Fall sein. Die Sprache der Beschlußprotokolle drückt nicht einmüßig die aufgewandte Energie der Gehilfenvertreter aus. Mit Reden und Schreiben allein sind Verbesserungen nicht zu erreichen. Auch wenn das kollektive Ideal vom Klassenkampfe vermittelnd dargestellt werden soll, muß schließlich verhandelt werden. Heute ist der Begriff des Klassenkampfes zur Phrasologie herabgekommen. Klassenkampf kann auf vielerlei Art geführt werden. Den Gehilfen muß man zusetzen: Führt er alles durch, was im Tarif steht, teils schon labrelangal Wenn es bisher nicht liberal möglich war, so liegt auch darin ein Beweis, daß die Verhältnisse stärker sind als Wollen und können. Auch das Tarifprinzip ist ein Stück Klassenkampf. Dieses Prinzip gestaltet es keinem, die Hände in den Schoß zu legen, sondern es erfordert den Mut der Konsequenz. Das Mißtrauen gegen die Gehilfenvertreter ist unberechtigt. Es muß ihnen das Vertrauen entgegengebracht werden, das sie tatsächlich verdienen.

Welgel (Wien): Der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung in Österreich ist geeignet, belehrend zu wirken. Auch ist bin hergekommen, um hier zu lernen. Die Tatsache, daß der „Graphische Block“ sich in österreichischen Organisationsverhältnisse einmischt, gibt mir Gelegenheit, zu fragen, wo bleibt die Sachlichkeit, wenn man im „Graphischen Block“ jedem Gelegenheit gibt, in ordnlicher Art über führende Kollegen herzufallen? Keiner ist hier, der beweisen kann, daß die Leitung des österreichischen Verbandes unfähig ist. Im „Graphischen Block“ wird fortgesetzt nur Zerpflückerarbeit getrieben. Es ist Tatsache, daß wie in Deutschland auch in Österreich starker Unwille herrscht insolge der überaus schlechten wirtschaftlichen Lage. Seit einem Jahre hat man sich in Österreich nicht mehr festgesetzt bezüglich der Geltungsdauer. Es ist unmöglich angesichts der rapide zunehmenden Steigerung der Lebenshaltungskosten. Der beste Beweis liegt darin, daß Minimum für Wien am 1. Juli 1921 2500 Kr., am 1. Juli 1922 aber 52000 Kr. betrug. Das Sinken des Reallohns war nicht zu verhindern, und es gelang trotz größter Anstrengungen auch nicht, Rückvergütung dafür zu erhalten. Das liegt nicht nur bei den Buchdruckern so, das beweisen uns Feststellungen in der Metallindustrie, die überausende Resultate zeigten. Resultate, die für das Buchdruckergewerbe denkbar wären. Wir haben die Meinung unserer Kollegenchaft erhandelt über die Verlebensorganisation, und sie hat es energisch zurückgewiesen, sich dadurch zerplittern zu lassen. Aber auch der Industrieverband ist kein Instrument zur Erhöhung der organisationsmäßigen Schlagkraft. Er muß herauswachsen aus der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Wir haben als Zwischenstufe dazu das Graphische Kartell geschaffen, das alle Lohnbewegungen für die gesamte graphische Arbeiterchaft führt. Redner schildert dann ausführlich den Streik um die Indegaziffer, nach der beide die Lohnfestsetzungen erfolgen, und weiter das Welen der Abbaukommission, in der der Streik um die Indegaziffer eine große Rolle spielt, weil eben die Unternehmer sich weigern, danach zu bezahlen. Keine Berufsgruppe hat einen solchen Tarif wie die Buchdrucker. Dagegen wendet sich deshalb auch der geschlossene Widerstand der Unternehmer. Aus diesem Grunde veruchen sie, die Buchdrucker zum Streik zu provozieren. Diese taten ihnen den Gefallen: erpriehterweise nicht. Die ständigen Angriffe auf die Organisationsleitung, wie sie hier erfolgten, zwingen diese dazu, bei der Abwehr leider Schwächen der Organisation bloßzulegen. Darous zieht natürlich das Unternehmertum entsprechende Nutzenwendungen. Jeder einzelne, der den ehrlichen Willen im Herzen trägt, der Gesamtheit zu dienen, muß alles unterstützen, was zur Einheitsfront führt. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen. Folgende noch eingetragene Redner gelangen dadurch nicht mehr zum Worte: Weber, Gabben, Gülle, Böhning, Runkler, Schumacher, Zehrbauer, Graal, Schindler, Heinrich, Löschner, Wendrich, Conrad, Wab, Wagner, Neuker.

Eine große Reihe von persönlichen Bemerkungen und Richtlinien wird den Rest der Nachmittagsbildung aus, die der angelegten Massenversammlung der Leipziger Kollegenchaft wegen kurz nach 4 Uhr geschlossen wird.

selben, sondern gewerkschaftliche. Auch die Opposition muß sich in dieser Richtung einreihen; das wird aber nicht möglich sein, solange sie im Auftrage gewisser Parteien handelt. Sie kommt schon mit fertigen Berichten und Entschlüssen in die Generalversammlung, ohne überhaupt vorher gehört zu haben, wie in Wirklichkeit die Dinge liegen. Die Kommunisten treten fraktionslos auf und werfen jeden Antrag unter den Tisch, obwohl manchmal von ihnen innerlich dafür ist. Die Beitrags-erhöhung hätte schon früher einsehen müssen. Bezüglich der Meinungsfreiheit, die die Opposition vom „Korr.“ verlangt, ist zu sagen, daß die Redaktion das Recht haben muß, Artikel, die unzulässig sind oder mit den Richtlinien unserer Organisation in Widerspruch stehen, abzulehnen. Unser Verbandsorgan darf zu keinem kommunistischen oder unabhängigen Organ werden. In der Mailereifrage hätte ein maßgebender Beschluß vorliegen sollen. Ist das aber einmal der Fall, dann muß er auch von allen Mitarbeiter beachtet werden. Was muß aber auch für die Demonstrationen gelten, die vom Gewerkschaftsbund angeordnet werden. Trotz aller angeführten Mängel besteht kein Anlaß zu einem Mißtrauensvotum gegen den Verbandsvorstand.

Es liegen noch einige faktische Richtlinien, worauf die Mittagspause eintritt.

Nachmittagsbildung

Sporn: Kritik darf nicht um der Kritik willen erfolgen, sondern um Besserung zu erzielen. Auf einzelne Sachen will ich nicht eingehen. Aber die Kritik darf auch nicht im Sinne von Krasser gehalten. Auf seine Welle geht es auch nicht. Vorher Ausführungen ließen auf eine Auseinandersetzung zwischen seiner politischen Anschauung und der kommunistischen hinaus. Fiedlers Kritik bewegte sich auf gewerkschaftlichem Boden. Das beweisen die verschiedentlichen Ausweisungen von Delegierten. Die Opposition baut sich nicht nur auf materieller Basis auf, sondern auch auf ideeller Grundlage. Kein Lohnabkommen hat so große Entrüstung hervorgerufen wie das letzte. Der Verbandsvorstand hätte wenigstens versuchen sollen, ein Provisorium bis zum 1. Juli zu schaffen. Es besteht kein Recht für uns, den Berliner Konflikt als wilden Streik zu bezeichnen. Dessen Ursache liegt in der bitteren Notlage, in der sich die Gehilfenchaft befindet. Deshalb sollte auch der Verbandsvorstand einen anderen Standpunkt dazu einnehmen. Die unklare Art der diesmaligen Mailerei war für viele Kollegen Anlaß, zur Opposition zu gehen. Die Festsetzung, was unter „würdiger Feier“ zu verstehen ist, darf nicht jedem einzelnen Funktionär überlassen bleiben. Der Verbandsvorstand hat darüber klipp und klare Richtlinien aufzustellen, die es den zu materiell veranlagten Elementen unmöglich machen, sich von der Mailerei zu brüchig. Klare Richtlinien der Zentrale sind ebenfalls notwendig für die Unterweisung von Bundesstellen. In der Beitragsfrage der oberleitenden Kollegen bewußt der Verbandsvorstand hoffentlich dasselbe Entgegenkommen wie den dänischen Kollegen. Der von der gewerkschaftlich orientierten Opposition eingebrachte Antrag zum Geschäftsbericht bedeutet kein Mißtrauensvotum gegen den Verbandsvorstand im Sinne Treibens und Genossen. Die gewerkschaftliche Opposition ist stets zur Mitarbeit bereit.

Präter: Der langjährig geäußerte Wunsch auf Erweiterung und Ausbau der Jahresberichte ist erfüllt worden. Opposition ist auch in Schleswig-Holstein vorhanden, weil die Unzufriedenheit mit den verschiedenen Lohnabkommen groß ist. Die Herangebung zu praktischer Mitarbeit hat sich noch immer als das beste Mittel erwiesen, um zu einem einseitigen Standpunkte zu gelangen. Wilde Bewegungen waren leider auch in meinem Gau nicht zu verhindern. Angesichts der Notlage ist es ungemünz schwer, die Kollegen davon zurückzuhalten, zumal Schleswig-Holstein als Grenzland sehr teuer ist. Die Urabstimmung über Lohnabkommen wird vielfach als Recht der Mitarbeiter verlangt. Vielleicht wäre wenigstens eine Abstimmung der Bezirksvorstände in kurzer Zeit zu erwägen. Der Verbandsvorstand sollte sich öfter als bisher in den einzelnen Gauen leben lassen. In der Mailereifrage ist eine Klärung dringend nötig. Im übrigen sollten es alle Mitglieder als ihre Pflicht betrachten, sich hinter den Verbandsvorstand zu stellen.

Böna (Frankfurt a. M.): Mit Fiedler stimme ich darin überein, daß auch kein anderer mehr hätte erreichen können, wenn er an Stelle des Kollegen Selb gestanden. Das ist richtig, weil eben die in Nürnberg festgelegten Wege eingehalten wurden. Jetzt gilt es, neue Wege und Ziele festzulegen, um vorwärts zu kommen. Der gegenüber der Opposition hier angekündigte Ton war nicht immer angebracht. Wir müssen uns verstehen lernen auf einer gemeinsamen Plattform. Das gilt auch der „Korr.“-Redaktion, die ein Flugblatt der Frankfurter Opposition benutzte, um die Mitgliederchaft herabzusetzen. Nicht bloß um materielle Vorteile zu erreichen, hat sich die Opposition gebildet, sondern um den schwerwiegenden Apparat der Tarifgemeinschaft beweglicher zu gestalten. Der Lebensstandard der Gehilfenchaft wird immer weiter herabgedrückt, auch neue Zulagen werden da an wenig ändern. Nur die Befestigung der privatkapitalistischen Wirtschaft kann die Rettung bringen, nur der Sozialismus wird uns erlösen. Leider haben viele Mitglieder noch nicht begriffen, was Sozialismus und Kommunismus bedeutet. Hier tut geistige Aufklärung not. Die geldene Internationale muß bekämpft werden durch das geistliche Proletariat. Die Kommunisten sind die eigentlichen Zersetzungsgräber der Revolution, und wenn Stötte erfrore Gewerkschaftsvertreter herunterzureißen sich bemüht, so ist eine Förderung von Arbeiterinteressen darin nicht zu erblicken.

Wir können uns nicht schon beim ersten Tagesordnungspunkt auf den Industrieföderationsverband verlassen. Es wäre dies auch deshalb falsch, weil die Annahme nicht zutrifft, daß wir mit dem letzteren zu belagerten Lohnverhältnissen gelangen. Wer so etwas der Arbeiterklasse sagt, schließt sie höchstens ein Mantelstück für sie zu erreichen. Lohnzulagen zu erkämpfen, bleibt die Aufgabe des Berufsverbandes. Die Resolution der Kommunisten bringt zum Ausdruck, der Verbandsvorstand habe nichts unternommen. In allem, was der IAGB unternahm oder was er noch tut, niemals ist er von der Vertretung des Buchdruckerverbandes im Stich gelassen. Nahe und Arbeit, in die Lage der Arbeiterklasse zu setzen, ist reichlich aufgewandt. Auch im Buchdruckerverband. Der IAGB kann wohl Forderungen aufstellen, aber er kann sie nur durchführen mit Hilfe der politischen Parteien. Wenn deren Machtstellung dazu nicht ausreicht, so kommen dafür Verbände in Betracht, wie sie vorhin deutlich in der Massenversammlung in der „Ergänzung“ dargestellt wurden. Engelmeier sagte, daß bei uns zu viel Gewerkepolitik getrieben wird und auf Prinzipalsinteressen Rücksicht genommen worden ist. Jeder aufmerksam Leser des „Storr.“ weiß, daß die Gewerkevertretung im Carl-Luxemburg oft genug die Meinung vertritt, daß die Gewerkschaft nicht zugrunde gehen darf einiger notwendiger Prinzipale wegen. Nicht selten waren die von Mitgliedern erhobenen Forderungen niedriger als die von der Gewerkevertretung aufgestellten. Es ist anzunehmen, daß dieses Schicksal heute zu Ende ist, weil die Mitgliedschaft das Verbot dieser Maßnahmen eingehalten haben. Das Verhalten des „Storr.“ ist ebenfalls kritisiert worden. Auch ich unterschreibe nicht alles, was im „Storr.“ steht. Aber wo ist der Redakteur, der es 7600 Mitgliedern recht zu machen imstande wäre? Von einem einzelnen kann man nicht verlangen, daß er niemals ansieht. Dabei ist interessant, was ein namhafter Prinzipal über den „Storr.“ sagte, als er schrieb:

Ich glaube allerdings, daß vom Standpunkt des Arbeitnehmers aus die Taktik des „Storr.“ weit gefährlicher ist als die gewisser Selbstparteien, welche sich zwar in manchen Auslassungen recht mäßig gebärden, deren Schlämme aber reich verpufft und die mit ihrem Ungeheuer sich selber die Wirkungsmöglichkeit verheerlich. In der Scheitler rubigen, aber selbstbewußten Mitarbeiterarbeit — der „Storr.“ nennt es methodische Intergration der Prinzipalsstellung — liegt nämlich gleichzeitig auch die Untergrabung weit wichtiger Dinge für die Allgemeinheit, als es bloß die Prinzipalsstellung ist.

Der „Storr.“ ist kein Vorstandsblatt, er hat vielmehr die Bestimmung der Generalversammlung zu vertreten. Andererseits aber soll er ein Sprachrohr der Gewerkschaft sein, frei von persönlicher Gefälligkeit. Wenn Briefkastennotizen verurteilt worden sind, dann dürfen auch keine Artikel eingelegt werden, die das Licht der Öffentlichkeit zu erlöschen haben. Die Redaktionsleitung ist nicht zu unterschätzen. Im Laufe der Debatte ist durchgeprochen worden von der Bewaffnung der Arbeiterklasse. Es hat eine Zeit gegeben, wo Arbeiter zahlreich in der Reichswehr vertreten waren, weil es galt, der Arbeitslosigkeit aus dem Wege zu gehen. Von der SPD, und der USG, ist aufs schärfste dagegen angekämpft worden; es wurde jeder Arbeiter boykottiert, der der Reichswehr angehört. Wenn heute die Reichswehr ein Instrument der Kapitalisten und Unternehmer genannt wird, dann sind die genannten Arbeiterparteien mit Schuld daran. Heute verlangt man „Ausmiltung“, aber es ist zu spät. Wierath sprach für die Beilegung der Tarifgemeinschaft und will der Masse mehr Selbständigkeit eingeräumt wissen. „Zugleich behauptet er die Arbeitsgemeinschaften. Es sei nur erinnert an die unklare Stellungnahme des Gewerkschaftskongresses bezüglich der Arbeitsgemeinschaften. Wenn die Arbeiterklasse im allgemeinen daran gehen sollte, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzugeben, weine ich ihr keine Träne nach, weil ich der Auffassung bin, daß sie abgelöst wird durch den Reichswehrwirtschaftsrat. Aber die Bekämpfer der Arbeitsgemeinschaften wollen ja nicht bloß die Zentralarbeitsgemeinschaft trennen, sondern jede Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern, auch die Tarifgemeinschaften. Ich habe immer die Auffassung vertreten, erst die Organisation, dann die Tarifgemeinschaft. Sie ist nur Mittel zum Zweck, nicht Selbstzweck. Wenn ein besserer Weg gezeigt wird, um vorwärts zu kommen, beschreiten wir ihn. Dann gilt die Tarifgemeinschaft für überwunden. Ohne Verhandlungen wird es aber dennoch nicht abgehen. Auch in den Umständen müssen da sein zur Regelung und Schlichtung. Es gibt noch einen Weg, der ebenfalls in der Ausdrucksweise berührt wurde, nämlich einen Organisationsrat aufzustellen, ihn für die Mitglieder verbindlich zu machen und durchzuführen. Ist derartiges heute denkbar und möglich? Braucht man zu verweisen auf dem entgegenstehende Meinungen selbst in Arbeiterbetrieben, die ein Mitgliedschaftsrecht fordern? Gewiß soll nicht bestritten werden, daß durch Kampf etwas zu erreichen ist, aber belächeln nicht in allen Betrieben. Wer dem Verbandsvorstand vorwirft, er sei schuld an den schlechten Lohnverhältnissen, der handelt wider bessere Überzeugung. Wir wissen alle, daß die Lohnverhältnisse nicht ausreichend sind. In den beiden letzten Jahren haben wir des öfteren über den Streik gesprochen, als viele Mitglieder abhauen. Wir sind nicht dazu gekommen, weil wir die Dinge mit anderen Augen zu betrachten gezwungen waren und weil ihre Verantwortlichkeit die Führerschaft daran hinderte. Wenn etwa 60 Vertrauensleute nach reiflicher Erwägung nicht dazu kämen, alles auf eine Karte zu setzen, dann müßte auch die Generalversammlung dieser Verhältnisse aufbringen. In Dittpreußen mußte ein solcher Kampf aufgenommen werden im Interesse der Aufrechterhaltung des Tarifs, weil Tugend von Prinzipalen bereit standen, den gleichen Kampf zu wagen.

Mit großem Idealismus, aber nicht operlos hat die offizientliche Gewerkschaft den Kampf durchgeführt. Ohne Zweifel würde ein allgemeiner Kampf schwerer Opfer fordern, und man muß sich in solchem Falle fragen, ob der Kampf zu meistern ist. Ich habe mich 1918 nach reiflicher Überlegung entschlossen, den mir angebotenen Posten des Verbandsvorstandes zu übernehmen. Ich habe ich zu denen gehört, die Kritik übten und vorwärts drängten. Persönliche Interessen hätten mich bestimmen müssen, den Posten abzulehnen. Schwere Zeiten liegen hinter mir, die drei- und vierfach zu werden sind. Ich habe meine Pflicht reichlich getan. Aber ich habe auch gehofft, daß man das anerkennen und daß sich die Kritik in maßvollen Bahnen halten würde. Darin bin ich enttäuscht. Eine Organisation, die auf kollegialer Grundlage beruht, müßte die Kritik aufbringen, ehrliche Arbeit anerkennen. Vieles von dem, was wir beklagen, ist zurückzuführen auf die laßliche Einstellung in der Lohnpolitik während der Kriegsjahre und auf die Folgen des Sieges. Meistlich hat auch die Gewerkschaft zu wenig persönlichen Mut aufgebracht. Während andere Arbeiterkategorien weit vorwärts kamen und ihnen alle möglichen Vorteile zugestanden wurden, blieben die Buchdrucker die Stiefkinder in wirtschaftlicher Beziehung. In diese Dinge muß auch einmal gedacht werden. Den Forderungen nach dem Ablassen von Arbeits- und Tarifgemeinschaften steht die Parole der Industriemagnaten gegenüber: Fort mit Reichslisten, her mit Mantelarbeiten! Da muß man sich doch fragen, ob wir auf dem richtigen Wege sind oder nicht. Wir sind vorwärts gekommen, auch mit Bezug auf die Hilfsarbeiter und die übrige graphische Arbeiterkraft, zu denen enge Beziehungen bestehen. Was für die Hilfsarbeiter getan wurde, bleibt ein geschichtliches Verdienst der Buchdrucker. Für die praktische Verwirklichung des Industrieverbandes ist bei uns mehr getan als irgendwo anders. Inste Verbandserfassung ist eine einzigartige innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die autonomen Rechte der Gauen könnte ein Industrieverband nicht gewährleisten. Wer da glaubt, plötzlich den Industrieverband schaffen zu können, kennt die Organisationsgeschichte nicht. Arabismungen können in der Regel von vier zu vier Wochen praktisch gar nicht durchgeführt werden. Wilde Streiks kann und wird der Verbandsvorstand nicht gutheißen, weil er gezwungen ist, die vorliegenden Generalversammlungsbeschlüsse zu beachten. Wer in eine Organisation eintritt, gibt naturgemäß ein Stück seiner persönlichen Freiheit auf. Man kann einzelnen Mitgliedschaften kein Vorrecht einräumen durch Unterfertigungsgewährung bei wilden Streiks. Wenn in der Frage der Beitragsverbände bisher zu wenig geschah, dann war nicht der Verbandsvorstand daran schuld, sondern die letzte Generalversammlung. Nachdem nunmehr der Verbandsvorstand dazu überging, bagelte es Proteste und noch schlimmeres. Wie weit die Meinungen auseinandergehen, bezeugen die vorliegenden Anträge. „An der Spitze eines Verbandes müssen Personen mit eigener Meinung stehen. Solange ich Verbandsvorstand sein werde, gibt es keine SPD., keine USG., aber auch keine SPD.-Politik, sondern nur eine gewerkschaftliche Politik. Ich achte Sie alle als Gewerkschaftsgenossen, achte Sie aber auch mich als solchen. Nur so werden wir die gemeinsame Basis finden, die notwendig ist, um vorwärtszukommen im Interesse der Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.)

Nach einer Reihe von Wichtigstellungen und persönlichen Bemerkungen erfolgt die namentliche Abstimmung über die zum Geschäftsberichte vorliegenden Anträge, deren Wortlaut zum Teil schon mitgeteilt worden ist.

Die Resolution Engelmeier, Heise und Genossen verfällt mit 139 gegen 8 Stimmen der Ablehnung. Dagegen die gegen den Kollegen Schliebs gerichtete Entschließung mit allen gegen 25 Stimmen.

Zur Annahme gelangt mit 102 gegen 45 Stimmen die folgende Entschließung:

Die erste Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker erkennt an, daß nach Lage der gesamten Verhältnisse entsprechend den Beschlüssen der Nürnberger Generalversammlung der Verbandsvorstand sein möglichstes für die Interessen der Kollegenchaft getan hat; sie spricht ihm deshalb ihr Vertrauen aus. Sie stellt aber fest, daß die wirtschaftliche Entwicklung in rasendem Tempo den Niedergang der Lebenshaltung der Kollegen herbeiführt. Sie verlangt von der Verbandserfassung, daß sie zur Steigerung dieser Notlage gegebenenfalls alle gewerkschaftlichen Mittel zur Anwendung zu bringen hat.

Prof. Hermann. Klein (Berlin), Achermann, Marau. Kurz. Leng. Rehd.

Damit hat die noch vorliegende (dritte) Entschließung von Fiedler und Genossen ihre Erledigung gefunden. Darauf wird die Sitzung in der ersten Abendstunde geschlossen.

Vorberichte über den vierten Verhandlungstag (6. Juli) Vormittagsitzung

Selb (Vorl.) teilt mit, daß von den wegen des Streiks noch lebenden fünf Berliner Delegierten drei eingetroffen sind. Es muß mehr Zurückhaltung beim Reden eintreten, damit unter Einbeziehung einer Kommission für die Spezialberatung der Anträge und unter Zustimmung weiterer Abendstunden die Generalversammlung in dieser Woche zu Ende geführt werden kann.

Zu Punkt II: Stellungnahme zu den Anträgen auf Abänderung des Statuts, der Vorstandsbeschlüsse und der Wahlordnung sowie zu dem Einheitsstatut des Graphischen Bundes, hält

* Der ausführliche Bericht kann aus räumlichen Gründen erst in nächster Nummer gedruckt werden.

Krauß ein längeres Referat. Er beginnt mit einem Rückblick auf die ideellen Verhältnisse von Nürnberg 1920 und geht des näheren auf die Fragen der Erweiterung des Mitgliedschaftsrechts der Mitglieder und die Erweiterung der Arbeit in im speziellen ein und weist auf gewisse Erfahrungen hin, die man damit machen kann; bei den kurzfristigen Lohnvereinbarungen lassen sie sich auch praktisch nicht durchführen. Bei Beitragsverbänden wird sie zu entbehren sein, da diese künftig automatisch erfolgen müßte. Die Delegierten zu den Gewerkschaftskongressen durch Urwahl wählen zu lassen, die Erweiterung der Gauvorführungskonferenzen, die Erweiterung der Aufgaben der Betriebsräte, die Wahlordnung, die Verhältniswahl, das Wahlrecht für unrechtsunfähigen behandelte er an Hand der dazu vorliegenden Anträge. Graphischer Bund und Graphischer Industrieföderationsverband werden dann von ihm in den Mittelpunkt seiner Ausführungen gestellt. Die Organisationsform der Gewerkschaften ist immer umstritten gewesen. Die Berufsorganisation hat in der gewerkschaftlichen Erziehung der Mitglieder gute Erfolge gezeigt; im Industrieföderationsverband ist das alles anders, der Zusammenhang loser. Der Leipziger Gewerkschaftskongress hat mit seinem Entschlusse für den Industrieföderationsverband den guten Wege, in der Frage der Organisationsform freie Hand zu lassen, abgesehen. In den Industrieföderationsverbänden herrscht die strikte Zentralisation, unser Verband dagegen hält noch an dem Föderalismus in ausgeprägtester Form fest. Die graphischen Organisationen sind in ihrer inneren Struktur so unterschiedlich, daß zunächst eine Angleichung erfolgen muß, ehe man an deren Verkleinerung herantreten kann. Der Graphische Bund hat nach aller Möglichkeit das Näherkommen gefördert; das unbreitere Einheitsstatut zeigt den guten Willen, noch weiter zu gehen. Die jetzt am lauteften nach dem Graphischen Industrieföderationsverband verlangen, würden, wenn es nach ihrem Verlangen bald dazu käme, sicher sehr enttäuscht werden. Auf dem Lohngebiete größere Erfolge zu bringen, das solle nur niemand von dem Graphischen Industrieföderationsverband erwarten oder verlangen. Es ist auch gar nicht richtig, daß die Unternehmerschaft im graphischen Gewerbe fester zusammengeschlossen sei als die Arbeiterkraft; im Gegenteil, es gibt eine große Menge von graphischen Unternehmersonorganisationen. Bei Stämpfen im graphischen Gewerbe werden wir auch in der jetzigen Form auf zusammenstehen.

Da bereits 17 Wortmeldungen vorliegen, wird die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt.

Es sprachen dann Heise, Hünze und Koffe gegen den Referenten Krauß, dem sie ihre Auffassungen von Graphischen Industrieföderationsverband und den anderen behandelten Fragen entgegensetzten. Silger, Mahlo, Fiedler (Berlin), Marrens, Kirck haben ebenfalls manches an den Ausführungen von Krauß auszuheben. Bel, Fischer, Ortel stehen mehr oder weniger auf dem Standpunkte des Referenten und wenden sich gegen verschiedene Ausführungen in der Diskussion.

Mit 66 gegen 55 Stimmen wird dann ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Die Vertreter der graphischen Verbände erhalten darauf noch besonders das Wort. Harder (Buchbinder) haben die Darlegungen von Krauß über den Graphischen Industrieföderationsverband schmerzhaft berührt. Seine Organisation hat auf ihrem Verbandstag eine eigene Entschließung zugunsten der von dem Bezirksvereine Frankfurt a. M. der Buchdrucker vorliegenden, die weitergeht, zurückgegeben. Wird diese Entschließung jetzt abgelehnt, dann wäre die Industrieföderationsfrage damit leider einseitig erledigt. Sab (Steindrucker und Lithographen) spricht aus, führende Persönlichkeiten sollten die Schwierigkeiten nicht so hervorheben lassen, sondern die Notwendigkeit des Zusammenschlusses mehr betonen. Die vier Verbände würden als Hauptgruppen im Industrieföderationsverband noch weiterbestehen. In der Lohnfrage wird es allerdings niemals zu einer Einheitslichkeit kommen, die Produktionsverhältnisse weichen zu sehr voneinander ab. Bucher (Hilfsarbeiter) meint, der Industrieföderationsverband darf nicht als Allheilmittel betrachtet werden. Seine Organisation ist für den Graphischen Industrieföderationsverband, sie verkennt aber nicht die besonderen Bedenken und Schwierigkeiten.

Im weiteren kommt noch Preißow, der Sekretär des Graphischen Bundes, zum Worte, der sich über die warme Anerkennung freut und alles zu tun verspricht, den Zusammenstoß der graphischen Arbeiterkraft weiter zu fördern.

Gratmann als Vertreter des IAGB, drückt offen seine Auffassung über den Industrieföderationsverband aus. Die so unangenehmen Grenzfragen zwischen den Gewerkschaften finden noch Fortleben nach Übergang zur Organisationsform des Industrieföderationsverbandes. Der Glaube, in großen Massenaktionen den Begriff des Industrieföderationsverbandes mit erfüllt zu haben, ist falsch, wie es so viele Auffassungen über den Industrieföderationsverband sind. Der Leipziger Gewerkschaftskongress hat leider ein Diktum aufgestellt mit seiner Entschließung für den Industrieföderationsverband. Was daraus noch werden kann, ist noch nicht abzusehen. Der Emporstieg der Arbeiterkraft, die Bewegung aus den Gefassen des Arbeiterbetriebs ist ihm die Hauptsache, die Form dazu ist nebensächlich; man kann sie nicht zwangsläufig bestimmen.

Mit einem Nachruf für den verstorbenen Postkammerer Ernst Baumig geht nach fünfminütiger Dauer die Vormittagsitzung dann zu Ende.

Nachmittagsitzung

Krauß verpflichtet in seinem Schlußworte die gegen seine Darlegungen zu Punkt II gemachten Einwendungen,

worauf alle Anträge zu dieser Sache einer Kommissionsberatung überwiegen werden.

Glaser begründet hierauf den Standpunkt und besondere Vorschläge des Verbandsvorstandes bezüglich Vertragsregulierung und Unterstützungswesen; worauf alle hierhergehörigen Anträge ohne besondere Diskussion ebenfalls einer Kommissionsberatung überwiegen werden.

Es wird eine ideale und eine materielle Stufenberatungskommission von 15 bzw. 13 Delegierten und je zwei Vertretern des Verbandsvorstandes gewählt.

Hierauf wird in Beratung des Punktes XI der Tagesordnung: Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Leipziger Gewerkschaftsverband, eingetreten, da der Vertreter des ADGB, Kollege Graßmann, am nächsten Tage wieder abreisen muß. An der Diskussion beteiligten sich Hesse, Fiedler, Sab, Gabben und Hannemann, worauf Graßmann das

Schlusswort erhält. Die diesbezüglichen Anträge werden der sogenannten idealen Kommission zur weiteren Erledigung überwiesen.

Richtigstellungen und Erklärungen

Dem Bericht in vorheriger Nummer sei noch ergänzend nachgetragen, daß auf der 3.orrektorenversammlung am Sonntag auch der Gau Bayern vertreten war, und zwar durch den Kollegen Welschmidt (München).

Kollege Kofke erucht um Aufnahme folgender Zellen:

Die Darstellung, Kofke gesteuert zu haben, widerspricht meinem Charakter. Ich habe nur seine Tatkraft während des Krieges bis auf heutige Zeit gerecht würdigen und ihm als Opfer der Revolution wie jedem anderen aufrichtigste Sympathie ausgesprochen, mit dem Wunsch zu verknüpfen, daß sein Allgemeinwohl nicht ernstlich gefährdet sein möge und er in seiner Tatkraft nicht behindert werde.

(Die „Tatkraft“ dieser Richtigstellung wird später das stenographische Protokoll ausweisen. Red.)

Sporn stellt fest, daß er nicht für den Antrag Hesse-Berath (bergl. Bericht in voriger Nummer vom zweiten Verhandlungstag über die Vorbemerkung) gesprochen, sondern zum Ausdruck gebracht habe: Wir werden dann in der Besprechung den Antrag stellen, daß der Verbandsvorstand sofort in Verhandlungen treten soll zwecks Herbeiführung eines Protokolls für die gesamte deutsche Kollegenchaft bis zum 11. Juli.

Nachzutragen ist, daß in die Mandatprüfungs- und Beschwerdekommision auch Kollege Gub (Berlin) gewählt wurde.

Zur Ergänzung der Präsenzliste sei festgestellt, daß als Vertreter des Schwedischen Typographenbundes Kollege W. G. Malmberg (Stockholm) erschienen ist.

Papierwucher und Hungerlohn

Kollegen, laßt endlich einmal diese ewigen Vergleiche zwischen Verheirateten, Ledigen, A-, B-, C-Klassen, Maschinenführern usw. abhören, denn das sieht gerade so aus, als wenn sich ein paar ausgehungerte Süder um einen abgenagten Knochen balgen, während der gemästete „Sünder“, der ihn hinwarf, höhnlich grinsend dieses Schauspiel betrachtet. Uns alle drückt der Schuß an der gleichen Stelle und die paar Mark Lohnunterschied machen das kleine Ferkelgange in der großen Suppenküchle nicht größer. Sind wir Buchdrucker Schuld an den hohen Preisen oder die andre Arbeiterschaft? Nein! Die unerfällliche Geldgier der großen und kleinen Bauern ist es, die uns dieser Not ausliefert. Und wie ist es mit den Papierwucherpreisen? Warum erhebt der Staat diese Papierfabriken nicht, die so jette Dividenden abwerfen? Er erlaubt doch untre 10 Proz. von unserm Hungerlohn mit so energischer Hand. Warum greift er dort nicht zu, denn das Märchen, daß verstaatlichte oder kommunalisierte Betriebe nur mit Verlust arbeiten, ist schon zu abgedroschen, als daß es noch geglaubt wird? Zu allem Elend kommen jetzt auch noch die verheerenden Sorten von Mehlteuren. Wo soll man hierzu das Geld hernehmen, wo man schon so die ganze Woche auf Fleischgenuß verzichten muß; während die Reichthüder in den Genuss schlagen und in Seidenstrümpfen und Lackschuhen einbergehen, müssen wir Buchdrucker teilweise noch in den ledrigen Lumpen daberlaufen, da wir nicht in die Lage kommen, uns andre zu beschaffen. Als wir noch im Felde standen, hieß es immer: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß!“ und jetzt läßt dieselbe Presse, die das immer schrieb, seine eignen Gewerbeangehörigen im Elend versinken und an Unterernährung zugrunde gehen, während sie doch in der Logenmärgel dem Staate täglich, ja wöchentlich, den gewaltigen Mehrwert abgibt. Dem Lebensmittel und auch Papiermarkt entgegenzutreten. Demselben wäre es leicht möglich, zu bestimmen, daß, wenn die Durchschnittskosten der Lebenshaltung das Solche betragen gegenüber der Vorkriegszeit, die Produktionskosten, Verkaufspreise und Löhne ebenfalls das Solche betragen müssen. Aber so, wie es jetzt ist, wo doch mit jedem Tage die Lebensmittel teurer werden und man für Anfang Juli sicher auf eine Besserung seiner traurigen Lage hoffen wird, wird die Einberufung des Tarifausschusses bis fast Mitte Juli verschoben. Da wäre es schon am Platze gewesen, für Anfang Juli eine Wirtschaftsbeihilfe zu gewähren. Gerade die verheirateten, mit Kindern „gelegneten“ Kollegen (hier wird der Segen zum Untergang), haben hier am meisten zu leiden. Betrachten wir eine andre Berufsgruppe. Die Bauhilfsarbeiter z. B. sind uns um über 20 Proz. mit dem Lohne voraus und erhalten wieder eine Zulage, schon bevor unser Tarifabschluss zusammentritt.

In „Unkel Toms Hütte“ ist zu lesen, daß die armen Neversklaven abends ihre heimlichen Gesänge erschallen ließen; diese Sklaven sind zu beneiden, denn uns kommt schon fünf Saben vor lauter grauen Sorgen kein frohes Lied mehr über die Lippen!

Ansbach i. B.

K. Sch.

Zum Lohnproblem

In den letzten Nummern des „Storr.“ wurde wiederholt und energisch gefordert, daß der Lohn einzig und allein nach der Leistungsfähigkeit zu bemessen sei, und daß namentlich mit der Differenzierung zwischen Ledigen und Verheirateten Schluß gemacht werde. Hält man dem gegenüber, daß vor verhältnismäßig kurzer Zeit die Vorschläge zur Lohnbemessung sich in gerade entgegengesetzter Richtung bewegten (Einbeisohn, Lohn nach Familienstand usw.), und erinnert man sich, daß die Vertreter der Gehilfen in den letzten Lohnverhandlungen mehr oder weniger offene Angebote der Unternehmer auf Familienzulagen im Interesse der Allgemeinheit der Gehilfenchaft ablehnten, so kann man feststellen, daß die Einkünfte an Boden gewonnen hat, daß das Bestreben der Unternehmerschaft darauf gerichtet ist, dem einzelnen dann 20 Mk. zu geben, wenn sie dem andern 60 Mk. nehmen kann.

Wohn im Staate kapitalistisch des Systems ein anderer Lohn als der nach Leistung führt, läßt sich heute schon bei der Reichsellenbahn erleben. Hier besteht der Lohn für die Arbeiter aus Stundenlohn und eventuellen Familienzulagen, und zwar sind die Familienzuläge wesentlich zu betrachten für Frau und für jedes Kind für jede Arbeitsstunde 1 Mk. Ein Verheirateter mit vier Kindern erhält also für jeden Arbeitstag von acht Stunden 40 Mk. Familienzulag. Mancher verheiratete, mit Kindern „gelegnete“ Kollege wird das erstrebenswert finden — auf

den ersten Blick wenigstens. Man kann nun voraussehen, daß der Papa Staat am ehesten in der Lage ist, eine derart „gründliche“ Änderung im Lohnsystem durchzuführen. Aber gerade bei der Reichsellenbahn sind die tariflichen Stundenlöhne für die Arbeiter um rund ein Viertel niedriger als in den gleichen Branchen der Privatindustrie; es ist also hier schon von Haus aus gefordert, daß niemand übermäßig wird. Die praktische Auswirkung ist aber noch eine ganz andre. In der letzten Zeit haben Arbeiter (gelernte und ungelernete), sowie in ledig waren oder wenig Kinder hatten, den Staatsdienst in Scharen verlassen und Unterkommen in der Privatindustrie gesucht, weil sich die Familienzulagen für sie in eine Lohnrudierung auswirkten. Eine weitere Folge ist die: Arbeiter mit viel Angehörigen bleiben natürlich in Staatsstellung. Und heute schon erhält der rechnerisch berechnete Ruf: „Staatsbetriebe sind unwirtschaftlich; die Eisenbahnbetriebsverhältnisse arbeiten teurer wie gleiche Privatbetriebe“ usw., oder mit andern Worten: Die Voraussetzung, daß der Staat eine andre Lohnpolitik betreiben könne als die Industrie im kapitalistischen Staat überhaupt, ist — wenn Wirtschaftlichkeit wollen soll — unrichtig. Es liegt auf der einen Seite nicht im Interesse der Arbeitnehmer, daß Staatsverhältnisse verkleinert werden, auf der andern Seite ist es unmöglich, bei diesem Lohnaufbau Staatsbetriebe wirtschaftlich zu halten. Wird die Lohnform aber beibehalten, so heißt das nichts andres als erhöhte Volkswirtschaft oder Erhöhung der Transporttarife, also Belastung der Allgemeinheit zugunsten der Kinderreichen in Staatsbetrieben, während die Masse der Kinderreichen (die meisten in der Privatindustrie) dennoch leer ausgeht. Da aber nicht alle Kinderreichen als Staatsarbeiter untergebracht werden können, ist diese Lohnform ungerecht und in der Auswirkung ziemlich das Gegenteil von dem, was die Gesamtarbeiterchaft letzten Endes erstrebt, die Sozialisierung.

Näht sich schon bei Staatsbetrieben nachweisen, daß in dieser Form eine dauernde Hilfe für die Kinderreichen, die der Allgemeinheit gegenüber gerecht bleibt, unmöglich ist, so gilt das in erhöhtem Maße in der Privatindustrie. Eine Besserstellung der Kinderreichen wird hier immer und nur auf Kosten der andern Arbeitnehmer erfolgen und niemals auf Kosten der Profitrate des Unternehmers. Auch bei sogenannten Ausgleichskassen wird es die Unternehmerschaft verlieren, mit den so erreichten Spitzenlöhnen (Lohn plus Familienzuschlag) zu gravitieren, um die Gesamtlöhne in ihrem eignen Nutzen niedrig zu halten. Der energische Protest derjenigen, welche die Kosten für eine solche Regelung aufbringen müssen, ist also doppelt berechtigt: einmal erhalten sie an Lohn selbst nicht so viel, um einen wesentlichen Teil zugunsten andrer entbehren zu können und zum andern wird der eigentliche Zweck gar nicht erreicht. Der Abstand zwischen dem Lohn des Kinderreichen und dem des Ledigen würde wohl größer, aber die an die Arbeiterschaft zu bezahlende Gesamtlohnsumme würde bestimmt geringer werden und somit der Nutzen auch für den Kinderreichen nur ein geringer sein. Die Stellungnahme unsrer Vertreter bei den letzten Verhandlungen (Ablehnung von Familienzulagen und Forderung allgemeiner Lohnhöhen) war also folgerichtig, und folgerichtig ist auch der Gedanke Leipzigs, daß den Kinderreichen nur auf gelegentlichem Wege geholfen werden kann (Zielwesenzuschüsse und nicht nur Steuerermäßigungen). In der kapitalistischen Industrie (gleichviel ob private oder staatliche) kann man im Interesse der Gesamtarbeiterchaft nur die eine Forderung erheben: Für gleiche Arbeit gleichen Lohn, oder kurz gesagt: Leistungslöhne.

Damit kommen wir zum gleichen Stoff, den am 11. Juli die Tarif- und Organisationsvertreter als Punkt 2 und 3 ihrer Tagesordnung zu behandeln haben.

Erhielt früher ein Gehilfe bei 33 Mk. Minimum 40 Mk. Lohn (gleich ob er nun Friseur, Elektrolyseur, Maschinenführer oder Berechner war), so hatte er dem Minimum gegenüber einen Mehrwert von rund 21 Proz. Die genannte Parallele zur heutigen Zustände gibt der Lohn eines Berechners. Dieser würde nach den verhältnismäßigen Grundpositionen des Tarifs von 1921 35 Mk. über Minimum erhalten oder bei einem heutigen Minimum von 1055 Mk. (C. verheiratet, 25 Proz. Lohnzuschlag) einen Mehrwert von rund 34, Proz. Ähnlich oder meistens noch schlechter werden sich mit ihrem Mehrlohn die im Gewerbegebiet Beschäftigten stellen. Hält man dem Lohn der Preisliste gegenüber, so ist festzustellen, daß beim Verkaufspreise 21 Proz. früherer Mehrwertdienst genau mit denselben Prozentzuschlägen bedacht werden wie der Grundlohn erhöht 100 (das Minimum). Oder mit andern Worten: Obwohl der Unternehmer der Grundlohn gegenüber den Mehrwert von 21 Proz. und die Prozentzu-

schläge dazu voll und ganz berechnet, erhält der Arbeiter von dieser Quantität oder qualitativen Mehrleistung nur noch 1/10. Die andern 9/10 sind vermehrt Unternehmergewinn, einerseits gegen „Treu und Glauben“ dem Arbeiter nicht bezahlt; andererseits mit den preistariflichen Zuschlägen vom Verkäufer voll und ganz eingezogen.

Man hört auch heute von Prinzipalsteile weniger darüber klagen, daß die Preise heften Nutzen abwerfen, als daß das Betriebskapital schwer zu beschaffen sei. Es kann sich heute jeder auch nur einigermaßen mit der Skatulation vertraute ausrechnen, daß unser Gewerbe für die Unternehmer nicht nur gut, sondern sogar sehr gut rentiert.

Das Betriebskapital des Arbeiters ist seine Leistungsfähigkeit; diese setzt sich aus seinem Können und seinem Willen zusammen. Wird das Können durch den gedachten Bedarf an Nahrung, Kleidung und Wohnung ermöglicht, so fördert das Können jedenfalls ein — wenn auch bescheidener — Anteil an den Genüssen des Lebens. Es wird von Unternehmern darüber geklagt, daß die Leistungen auch der Arbeiter bezahlten nachgelassen haben. Ich halte dies ohne weiteres für möglich. Diese „Arbeiterbezahlen“ müßten aber schon richtige Originale sein, wenn sie bei dieser tatsächlichen Lohnreduktion die gleiche Arbeitsfreude wie früher äußerten. Sicher ist, daß Lohn- und Preisstarif zusammen eben die Tarifgemeinschaft ausmachen. Muß die Gehilfenchaft mitbilden, um die Durchführung des Preisstarifs zu ermöglichen, so muß auch der Leistungslohn ein derartiger sein, daß er den verrechneten Leistungen an die Kundenschaft anteilig entspricht. Das erfordert nicht nur „Treu und Glauben“, sondern das Gebot des Unternehmerinteresses, wie desjenigen der Gehilfen insgesamt. Nicht nur der „Arbeiterlohn“ ist an einer der Leistungen entsprechenden Löhnung interessiert, sondern auch der nach seinen Leistungen mit dem Minimum Bezahler, dadurch, daß die Preisbildungsmöglichkeiten und die Hochkonjunktur werden nicht ewig vorhalten) rechnerische Vergleiche zwischen der Leistung von diesem und jenem Rath gezogen sind. In unsern hochdifferenziernten Gewerbe möchte es aber trotz der im Verhältnis zu den Gehilfenkosten hohen Verkaufspreise mit dem Unternehmerproffit bald übel aussehen, wenn jede Arbeitsfreudigkeit den Gehilfen inheimlich geschrieben wird.

Zum Schluß noch einige Worte über das „Berechnen“ selbst. Das Werturteil schwankt zwischen „Mikrod — Nord“, „Mikrod = gerechteste Entlohnung“. Die schroffen Urteile hört man zumeist von Nichtsehern. Und unter den Sehern kann man zwei Gruppen unterscheiden: Solche, die berechnen müssen und solche, die berechnen wollen. Die Verkleinerer der Ansicht über das Berechnen ist somit begreiflich. Diejenigen Kollegen, die aus irgendwelchem Grunde sich nicht für das Berechnen erwärmen, finden aber leicht Stellung mit andrer Lohnform. Stehen jedoch die Grundpositionen in einem richtigen Verhältnis zu Gesamtlöhnen, so läßt sich gegen das Berechnen der Geber wenig Sichhaltiges einwenden. Berechnen wird letzten Endes Produktionsförderung sein, Produktionsförderung gleich Preisentwertung und damit Förderung des Konsums. Danach wird aber heute am meisten gekriert und mit Recht. Was man aber von andern erwartet, muß man zu tun erst selbst bereit sein.

Leipzig.

Carl Schmidt

Ware: Arbeitskraft

Es ist schon des öfteren an dieser Stelle erwähnt worden, daß bei jeder Preiserhöhung die Ware Arbeitskraft, das einzige, was der Arbeiter besitzt, entwertet wird. Er erhält nicht nur die Arbeiterrente, die er im Produktionsprozeß erleidet, so viel Lohn, um durch Kauf von Lebensmitteln die verarbeitete Kraft wieder zu erneuern. Die logische Folge ist, daß die Arbeitskraft frühzeitig verbraucht ist und der Arbeiter eher dem Arbeitslosenheer zugeführt wird. Welche Gefahren Arbeitslosigkeit für unser Gewerbe bedeuten, ist jedem zur Genüge bekannt. Nun bedingt das Fortschreiten unser Volkswirtschaft neue Methoden im Arbeitsprozeß. Methoden des kleinsten Mittels. Die Maschine hat hier, in Erkenntnis ihrer Ausbeutungsfähigkeit, das Feld erobert. Glaubt einer, daß Neuse auf den Markt gebracht zu haben, so muß er bald merken, daß sein Arbeiter schon vor der Türe steht. In einem Aufsatz der „Typographischen Mitteilungen“ (Heft 3, März 1922): „Die Seilmaschinen im Jahre 1921“, heißt es u. a.: „Die von der Ludlow Typograph Company in Schweden gebaute Seilziehmaschine dient dem besondern Zweck, Auszeichnungschriften von 12 bis 60 Punkten in vollen Zeilen zu

sehen, um sich so dem Maschinenbau zu erweilen. Ist die Schmalzerei vorwiegend in Zellungs- und Werkdruckerien benutzt worden, so hat sie sich das letzte Jahr in verstärktem Maß Einlaß in Maschinenbau- und Verlagsdruckerei verschafft. Unser Valuta hindert uns, der Einführung von ausländischen Neuerungen, besonders der vorhin erwähnten, näherzutreten. Besser ist jedoch einmal unsere Mark, so ist anzunehmen, daß unsere Buchdruckerkapitalien nicht zögern werden, die zur Rationalisierung ihres Betriebes notwendigen Neuerungen anzuschaffen. Bei dieser Rationalisierung der Betriebe, worauf sich unsere Volkswirtschaft, wollen wir den Wochentag halten, einstellen muß, kommt meines Erachtens gerade in unserm Gewerbe mancher Kollege zur Strecke. Daß durch das Aufstellen von immer neuen Schmalzmaschinen die Arbeitslosigkeit steigt, ist wohl für jeden, der nicht gewaltsam sich den Zusammenhängen verleiht, erklärlich. Ist nun der Einführung von Schmalzmaschinen aus volkswirtschaftlichen Gründen kein Halt zu sehen, so soll man die Einführung nicht noch dadurch schmachvoller machen und der Entlassung der Maschine insoweit Vorzug leisten, als man den Maschinenlaß dem Handlaß gleichstellt. Der kleinste Arbeiter wird dadurch gezwungen sein, weil er nicht im Großbetrieb aufgehen oder, um seine Schmachtkonurrenz weiterzutreiben zu können, sich eine Schmalzmaschine anzuschaffen. Nun ist leider die Tatsache zu verzeichnen, daß hier und da ein Kollege mit einem neuen und einem trockenen Auge auf die Maschinenfabrik sieht und ihnen die paar Kröten mitgibt. Die Kollegen überleben vor allen Dingen, das Verleinerung der Industrie Differenzierung für jede Kategorie der Arbeiterschaft gebracht hat. Hier und da hört man sogar von oberflächlichen Kollegen: Wir haben denselben Hunger wie ihr. Wie ich einmengen schon erwähnte, muß die verarbeitete Kraft wieder erlernt werden, um selbstständig zu sein. Nun wird ohne weiteres von allen anerkannt, daß die Tätigkeit des Maschinenbauers eine anstrengendere und aufregendere ist. Dadurch gibt man selbstverständlich zu, daß der Kraftverbrauch ein größerer ist. Es wird wohl keiner im Ernst annehmen, daß mit 70 Mk. pro Woche in der höchsten Staffel der Mehroerwerb an Kraft weitermachen ist. Die notwendige Folge ist, daß der Maschinenbauer frühzeitig am Ende seiner Kraft ist und nur — und das ist das Bedauerlichste an der ganzen Sache — dem Prinzipal seinen Saft gefüllt hat, ohne daß der Handlaß auch nur einen Heller mehr bekommen hätte. Gerade die Handlaßer sollten in ihrem ureigensten Interesse danach streben, den Maschinenbau so teuer wie möglich zu gestalten. Denn nur dadurch werden sie der frühzeitigen Entlassung und ihren Folgen etwas begegnen können. Weiter hört man sagen: Die Arbeitsszeit der Maschinenbauer muß verkürzt werden. Alle Maschinenbauer, ohne Ausnahme, würden sich mit dieser Regelung ohne weiteres einverstanden erklären. Manche unerquickliche Ausnahmehandlung würde verstimmen: Jedoch ist es hier unsere Prinzipale zu unterrichten. Die ganze Unternehmerrschafft ist nach Verlängerung der Arbeitsszeit, um, wie sie meint, nur dadurch unsere Wirtschaft zu retten (les: um ihnen den unerträglichen Schaden weiter zu stellen). Und bei Maschinenbauern sollten die Herren eine Verhinderung vornehmen? Da glauben doch die wenigsten daran. Im Gegenteil: Ausproben ist weiter Parole. In einer der letzten Tarifabschlusshandlungen wurde von Prinzipalseite, als über den U-Typograph gesprochen wurde, kategorisch erklärt, daß der Seher 4200 Buchstaben leisten könnte und sollte. Abgesehen davon, daß zu einem Willen und Können ein Wollen gehört, werden selbst beim besten Willen derartige Leistungen nicht herausgeholt werden können, weil eben die Arbeitskraft des Maschinenbauers untergraben wird. Nun hat sich meines Erachtens keiner etwas zu vergeben, wenn er da, wo man seine Ware Arbeitsskraft nicht anständig bewertet — ein gut Teil über Minimum — mit derselben ökonomisch wirtschaftet, um so in die Lage versetzt zu werden, lange damit für sich und seine Familie haushalten zu können. Die diesjährige Tariflösung wird unter allen Umständen entweder den früher gebotenen Zuschlag bringen oder aber die Buchstabenleistung herabsetzen müssen. Auch wäre zu erörtern, ob für die Hebammentätigkeit, womit der Maschinenbauer sich noch nebenbei beschäftigt, nicht besser arbeitslose Kollegen eingestellt würden.

Söhn.

—der.

Die bösen Maschinenfabrik

Kollege M. W. bespricht unter dieser Überschrift in Nr. 69 meinen Artikel „Verbands-, Orts- oder Spartenpolitik?“, den ich in Nr. 63 des „Sorr.“ veröffentlichte, und meint dabei, daß, wenn man statt dem von mir dort ausgeführten etwas anderes gesagt hätte, der ganze Artikel als haltlos und unbegründet in sich zusammenfallen würde. Was mag wohl zutreffen.

Sch habe in meinem Artikel die zentrale Frage aufgeworfen, ob die Verbände-, Orts- oder Spartenpolitik das Richtige sei und von dem Schluß, daß mir eine einheitliche Verbandspolitik nützlicher scheint als eine Spartenpolitik, in welcher die eine Gruppe die andre überwuchert. Hierauf geht Kollege M. W. selber gar nicht ein, sondern schiebt einseitig und allein seine Lohninteressen.

Wenn man aber zu der von mir angeführten Frage Stellung nehmen will, so muß man auch imstande sein, sich frei zu machen von dem Gebanien: wieviel fällt dabei für mich mehr ab als für meine übrigen Kollegen. Man muß mit dem Auge des Gewerkschaftlers und dem Herzen als Zurechtwärtiger zu einer Klasse sprechen, einer Klasse, die sich bewußt geworden ist, daß nicht die Hebung einer kleinen Schicht innerhalb des Berufs die gemeinsame Aufgabe ist, die vielmehr in der Hebung der Lage

der Gesamtheit ihr Ziel sieht. Kollege M. W. nimmt an — ich habe kein Interesse daran, ihm das zu bestreiten —, ein jeder Maschinenfabrik sei ein Verleumter und sagt: „denn das Geschäft will Gutes haben“. Dies verlangt das Geschäft doch auch von den übrigen Kollegen, denn auch sie sind zur Höflichkeit und nicht zur Erhaltung eingeteilt.

Die vom Kollegen M. W. den Maschinenbauern zugeschriebenen, teilweise übermenschlichen Eigenschaften gemahnen an den Ausdruck eines seiner Spartenkollegen in einer Freiburger Bezirksversammlung, der dahin lautete, daß die Maschinenfabrik die Intelligenz der Buchdrucker — plebeisch die von Gott gewollte — darstelle. Man wird den Stolz eines aufrechten Menschen über sein Können als berechtigt, ja erwünscht anerkennen, wird aber, wenn an dessen Stelle eine krankhafte Eitelkeit einen anormalen Zustand schafft, der am allerwenigsten mit unserer gemeinam zu leistenden Arbeit der Sache förderlich, dem Ganzen dienlich ist, dem entgegengerichtet müssen.

Kollege M. W. sieht in der Erhöhung der Löhne der übrigen Kollegen eine Herabsetzung der Maschinenfabrik. Das ist wohl die typische Einstellung zu manchen seiner Kollegen. Die naive Ansicht, als würden wir die Maschinen leer stehen lassen, daß nicht recht in unsre auf Rationalität eingestellte Welt, Gelänge es, den jetzt bestehenden Maschinenbauern für alle übrigen Kollegen zu erringen, so würden wieder Stimmen laut, die sich gemäß der „traditionellen Rechte“ auf die 25 Proz. Mehroerwerb entziehen. Der Sinn einer Organisation verlangt von seinen Mitgliedern, daß sie einen Teil von ihrem Ich zugunsten der Gemeinschaft abtreten. Geht es nicht dies nicht von den einzelnen, so ist ihr ganzes Gebaren ein Selbstverleugern.

Wird Schreiber gehört einer Gruppe im Arbeitsprozeß an, die mit einem Recht den Standpunkt vertreten könnte, daß höhere Entlohnung garantiert sein soll für jeden seiner Spartenangehörigen. Ist aber nicht dieser Ansicht, denn man kann in der Gewerkschaft auch mehr leben, als einen Apparat, bei dem man oben einen Grochen hineinstreift, um dafür einen mehrfachen Betrag zu erhalten, an dem einer nur allein bzw. eine enge Gruppe daran Anteil hat.

Mein Artikel bezweckt nicht die Herabsetzung der Maschinenfabrik. Dies wäre ein unzulässiger Wunsch und konnte nur von jenen aus meinem Artikel gelehrt werden, die überall dort Wespennest leben, wo sie vermuten, ihre besonderen Vorrechte stehen in Gefahr. Für mich ist die Herabsetzung der Lebenshaltung der Gesamtkollegen das Ziel, dazu bin ich im Verband organisiert und trage mein Scherlein für diese Gemeinschaft bei.

Freiburg i. Br.

Peter Mayer.

„Jugendverheißung“

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Zeitschrift“ (Nr. 48) an leitender Stelle einen Artikel, der dem Stampe gegen unsre Zeitschriftsartikel „Jungbuchdrucker“ gilt. Da der Artikel von niemandem besonders unterzeichnet ist, so ist ich daraus schließen, daß er der Feder des verantwortlichen Schriftstellers Heinrich Schneider entstammen ist — ganz von Hoh gegen alles Erwähl, was Herr Schneider einst so sehr geliebt. Denn wer ist wohl dieser Herr Schneider? Kein anderer als derjenige, der früher unter dem Namen „Heinrich vom Rhein“ im „Sorr.“ artikelte und in Duhnen von Verammlungen in Rheinlands-Verhalten die große Petroleumthanne schlang; der Gauvorleser, Arbeitersekretär, Redakteur am „Sorr.“ werden wollte; der sich sogar um einen Redakteurposten an der 111 sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ in Köln bewarb, wahrscheinlich um dort „mit rollendem Sturmtuch latenter Empor“ — zuzuleiten!

Die sachtechnische Unterweisung ist nur Mittel zum Zweck, wird in dem Artikel behauptet. „Der Hauptzweck ist die unverfälschte Erziehung zu tätigen „Genossen“ und kräftigen „freien“ Gewerkschaftlern.“ Nun, Herr Schneider, was wäre denn wohl der Hauptzweck Ihrer Tätigkeit gewesen, wenn Sie Gauvorleser, Arbeitersekretär, Redakteur am „Sorr.“ oder sogar an der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ geworden wären? Hätte dann nicht auch manches „für jede Couleur — rot, rötlich, am rötlichen“ — gepöhl? Soll der Verband der Deutschen Buchdrucker keine Zeitschriftenabteilungen vielmehr im Sinne der christlichen Gewerkschaften, im Sinne der Gesellen- oder Jünglingsvereine errichten? Was muß uns nun doch der blaßeste Reid lassen, daß wir ein für allemal stolz darauf sind, Sozialisten zu sein, und daß wir unsre Lehrlinge, unsere Nachwuchs, so erziehen, daß sie sich als spätere Arbeiter würdig in unsre Reihen einreihen.

Überhin sich da Hunderte von Kollegen im Reich unter Aufopferung ihrer freien Zeit ab, den Lehrlingen durch Aufstellungen, Vorträgen und belebende Art leicht beizubringen zu sein, alles das an sachtechnischem und Allgemeinwissen zu erteilen, was ihnen in der Buchdruckerlei vorliegt bleibt — und nun kommt ausgerechnet die Prinzipalsetzung und wirft uns vor, daß das alles nur „Mittel zum Zweck“ sei.

Eind nicht auch die zahlreichen Fachschulen im Reich größtenteils auf kindiges energieloses Betreiben der Gewerkschaft ins Leben gerufen worden? Wer das Gegenteil zu behaupten wagt, ist — gelinde gesagt — nicht recht im Bilde. Und wo bleibt die Initiative der Prinzipale? Wo sind die Vorträge, die Aufstellungen, die die Prinzipale den Lehrlingen bieten? Wo ist ihre Zeitschriftsartikel? Seht, wo die Gewerkschaft alle diese Einrichtungen geschaffen hat, werden sie von der Seite

aus, die sich doch über diese Einrichtungen waffrenen sollte, mit unlauberen Mitteln bekämpft.

Samohl, „der Lehrvertrag ist auch ein Erziehungsvertrag“. Wie war aber diese Erziehung? Jeder blide doch nur auf seine Lehrjahre zurück. Hat uns jemals der Lehrprinzipal eine Fachschrift, ein bildendes Buch oder dergleichen in die Hand gebracht? (Nützliche Ausnahmen befalligen die Regel.) „Stoll! Voran!“ — Aberstunden — Nacharbeit —, so blieben die „Erziehungsmittel. Ist es da zu verwundern, daß die Gewerkschaft, die solche Lehrjahre durchmachen mußte, mit allen Mitteln dafür kämpfte, daß dieser „Erziehungsvertrag“ zum Arbeitsvertrag wurde. Und Herr „Heinrich vom Rhein“, der früher in Wort und Schrift für alle diese Erziehungsmittel mitschrieb (ober war das damals auch nur „Mittel zum Zweck“?), erlaubt sich heute die Frechheit, den Schärfmacher zu spielen und den Prinzipal zu empfehlen, die Verbreitung des „Jungbuchdrucker“ in den Druckeräumen „unabhängig“ zu verleben. Wie man doch seine „Grundzüge“ ändern kann! — wenn man weder Gauvorleser, noch Arbeitersekretär, noch „Sorr.“-Redakteur, noch sozialdemokratischer Redakteur werden konnte — weil man „erkannt“ war!

Ganz besonders aber hat es dem Artikelsschreiber ein „bombastisch zurechtgerichtetes“ Gedicht in der Mannheimer „Jungbuchdrucker“ angetan. Es heißt in dem Gedicht: „Sozialismus — Gewerkschaft — Gott — Mensch — Religion — Ideale — alles birgt die Gemeinschaft der Arbeitsgenossen, Berufsgenossen, im starken Verband!“ Daraus folgert der Artikelsschreiber nun, daß „Gottesglaube, Religion usw. überflüssig geworden“ sind. Ist denn nur das Religion, was man durch abgestempelte Taufzettel nachweisen kann? Oder nur das, was man durch Zellungsantrag bekanntgibt, wie es Herr Heinrich Schneider tat, als er von Ulmurg a. d. Lehn aus in der Bonner Reichszeitung „Intiererte, daß „seine Kinder die Ehre hatten, im hohen Dome zu Ulmurg a. d. Rhn das Fest der ersten heiligen Kommunion zu begeben“? War dieses Intierat nicht auch etwas „bombastisch zurechtgerichtet“ — derweil in Ulmurg ein Erbrüchen wackelte und man zeltig „Umhau“ hatten mußte? Wir sind in einem noch „höheren“ als dem Ulmurg Dom zur Stornmunion gegangen, aber unsere Eltern befehlen nicht die Wehmächtigkeits, das Fest ihrer Kinder durch ein Zellungsintierat zu entweihen — aus Religion! Denn Religion war bei ihnen und ist auch bei uns eine innere Sache, ein Verhältnis zum Menschen zu seinem Schöpfer, zum Menschen zum Menschen, das sich abern gegenüber äußert in Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft in allen Lebensnöten.

Und wenn wir heute unsre Jungmannschaft in diesem Sinne durch Wort und Schrift erziehen wollen, so wäre der Verantwortliche der „Zeitschrift“ der letzte, von dem wir uns einen Hemmschub in den Weg legen lassen.

Heinrich, uns graut nicht vor dir! — aber: plebeisch ändern. Theodor vom Rhein!

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Parikantilke bestehen zur Zeit in Dohprehen noch in 2 arischen, Stellungsbau und Weylan. Jung nach diesen Orten hat zu unterbleiben. Bei Konfliktangeboten aus Dohprehen ist unbedingt bei den zuständigen Organisationsstellen erst anzufahren.

Berlin. (Generalversammlung am 28. Juni). Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde beantragt, dem Bericht über den Leipziger Gewerkschaftskongress abzuhören und dafür einzustimmen. Die angelegliche Situation. Dem wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Die Diskussion bewegte sich ausschließlich im Rahmen der zur Zeit bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse. Sämtliche Redner gaben ihrem Unmut darüber Ausdruck, daß die Verhandlungen der Lohnkommission erst zum 11. Juli angefangen seien, wodurch die Gewerkschaft in ihrer wirtschaftlichen Lage weiter zurückgelehrt ist. Aber auch dieser letzte Termin war nicht ganz freiwillig akzeptiert worden, da sich die Prinzipale darauf eingestellt haben, für den Monat Juli nichts zu bewilligen, obgleich sich die Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel geradezu überfüllten. Es ist eine Sabotage der Prinzipale gegenüber der Einberufung der Lohnkommission. Immer und immer wieder habe man sich mit dem völlig unzureichenden Lohnzulagen abgefunden. Die Erregung und Verbitterung der Gewerkschaft ist immer weiter gestiegen. Jetzt sei uns die Situation über den Kopf gewachsen und das Vorgehen der Sparten sowie der Kollegen in den einzelnen Betrieben sei der Ausfluß des steigenden Grolls der Gewerkschaft. Es seien drei Resolutionen eingebracht, die durch Kollegen Albrecht zur Verlesung kamen, eine gleiche Sendung gelang und die Forderung einer Lohnoberhöhung von 300 Mk. stellen. Bei Begründung der Resolutionen kam weiter zum Ausdruck, daß die Gewerkschaft sich nunmehr zur Notwehraktion einzustellen haben. Wenn die Prinzipale für die Not der Gewerkschaft absolut kein Verständnis aufbringen, dann haben sie allein die Folgen zu tragen. Die Gewerkschaft verlange die sofortige Aufnahme britischer Verhandlungen, erliegen diese nicht, dann möge man sehen, wie die Maschinen in Gang kommen. Ein Kollege des „Berliner Lokalanzeigers“ schilderte die Ursache und den Verlauf des Konflikts, der zum Stillstand des Betriebes führte. Die Bewegung sei zu nächst entstanden aus dem Willen heraus, das Lohnabkommen für den Juli zu fördern. Ein Vertreter der Rotationsmaschinenfabrik präziserte die Stellungnahme der Rotations- und erörterte die Meinung der Prinzipale, bereits eingeleiteten Verhandlungen sich zu entziehen. Der zweifelhafte zu erwartende Stampf in Berlin möge den Muthat bringen für die Leipziger

alger Generalversammlung des Verbandes, die sich mit der Lage der Gewerkschaft grundsätzlich werde befassen müssen. Kollege Massini betonte, daß in Leipzig über die Veramtlung ein gewichtiges Wort zu sprechen sein werde und er sich deswegen schon mit dem Verbandsvorstand in Verbindung gesetzt habe. Als Funktionär mü e er sich aber auf den Reichsboden stellen und verlangen, daß die Gewerkschaft dieser innehöll. Die Verbandsgeneralversammlung habe aber zweifellos die Aufgabe, den Mitgliedern der Organisation eine menschenwürdige Stellung zu sichern. Der Redner konnte keiner der eingereichten Resolutionen das Wort reden. Kollege Albrecht bewegte sich im gleichen Sinne und kam dann zur Abstimmung über die eingereichten Resolutionen, wobei die folgende mit großer Mehrheit zur Annahme gelangte: „Die am 28. Juni 1922 im „Gewerkschaftshaus“ tagende Generalversammlung beschließt: In Rücksicht darauf, daß eine generelle tarifliche Lohnregelung für das ganze Buchdruckgewerbe für den Monat Juli nicht zu erwarten ist und zentrale Verhandlungen erst für den 11. Juli angelegt sind, ist in sofortige örtliche Verhandlungen einzutreten. Die Generalversammlung verlangt eine Zulage von 300 Mk. pro Woche mit sofortiger Wirkung.“ Es wurde weiter beschlossen, am Sonnabend, dem 1. Juli, vormittags 8 1/2 Uhr, eine weitere Versammlung abzuhalten behufs Entgegennahme des Berichts über die Verhandlungen mit den Prinzipalen und die endgültige Stellungnahme der Gewerkschaft zu regeln. Der Punkt 2 „Festlegung des Betrages“ fand schnelle Erledigung. Die Erhöhung wurde auf 6 Mk. heraufgesetzt, so daß derselbe nunmehr 23 Mk. beträgt. Ein vom Bauvorstand vorgeschlagener Ausschluß eines Kollegen wurde einstimmig gutgeheißen. — In der Versammlung am 1. Juli erkrankte Kollege Massini Bericht über die Stellungnahme der Prinzipale zu den Forderungen der Gewerkschaft. Er betonte, daß die Verhandlungen abhängig gemacht worden seien von der Wiederaufnahme der Arbeit in den zum Stillstand gekommenen Betrieben, worauf nicht eingegangen werden konnte. Redner teilte weiter mit, daß der Verbandsvorstand nicht in der Lage sei, einen eventuellen Streik zu finanzieren und weiter, daß der Reichsarbeitsminister sich persönlich auf das Bureau bemüht habe, um sich über die ganze Angelegenheit zu informieren und seinerseits dazu beizutragen, den gewerblichen Frieden zu sichern. Kollege Mahini erludte die Versammlung, sich des Erntes der Situation und der vollen Tragweite der Auswirkung eines etwa folgenden Streiks bewußt zu sein. Kollege Fuß gab in einer Erklärung die Bewegung unter den Rotaltonen n behandel. Diese Sache sei nicht mit der Sache der Allgemeinheit zu verwechseln und sei eine Angelegenheit für sich. Die Verhandlungen mit den Prinzipalen schweben bereits seit zehn Wochen, und es sei bestimmt verprochen worden, nach Rückkehr der Prinzipale von ihrer Hauptversammlung die Sache zu erledigen. Das Wort sei nicht gehalten worden. Die Rotaltonen seien für „Arbeit ist“; daß der Sache der Allgemeinheit der Vorrang gebühre, an den Rotaltonen sollten die Verhandlungen der Prinzipale mit der Gewerkschaft nicht scheitern. Die nun einleitende Diskussion war sachlich, ruhig und bestimmt. Die Versammlung war von einem selten einmütigen Geiste getragen und behandelte den letzten Willen und die Entschlossenheit, wenn nicht anders möglich, sich gewallam für unerträglichen Lage zu entscheiden, und zwar so bald als möglich. Es kam immer wieder zum Ausdruck, die Gewerkschaften sollten alles mögliche getan, einer bereinbrendenden Skatoltrappe zu feuern; die Prinzipalität feiere bewußt darauf hin; sie frage auch dann die Verantwortung. Kollege Massini ging in seinem Schlußwort auf alle sich ergebenden Eventualitäten ein und mahnte die Kollegen erntlich, ihre Stellungnahme genau zu überprüfen. Die vorgelegte und zur Besprechung gelangte Resolution ist äußerlich einleuchtender Natur. Der Punkt 3 der Resolution ist nicht haltbar. Redner führte sehr stichhaltige Gründe an. Es sei nunmehr Sache der Kollegen, die Entscheidung zu fällen. Kollege Albrecht bemühte sich in gleicher Weise, doch die vielfachen Zurufe aus der Versammlung lehnten die Argumentationen der beiden Vorstehenden rundweg ab. Es kam zur Abstimmung über die vorgelegte Resolution: „Die Generalversammlung am 1. Juli beschließt: 1. Die Forderung beträgt 300 Mk. Reute mittags 12 Uhr treten sämtliche Verbandsmitglieder in den Streik. 2. Die Arbeit ist für ganz Berlin nur geschlossen wieder aufzunehmen. 3. Die gesamte Arbeiterpresse ist ebenfalls stillzulegen; es hat lediglich ein gewerkschaftliches Mitteilungsbill zu erscheinen.“ Kollege Albrecht stellte bei der Abstimmung fest, daß Punkt 1 einstimmig, Punkt 2 gleichfalls einstimmig und Punkt 3 gegen drei Stimmen zur Annahme gelangt sei. Der Vertreter des Gutenbergsbundes erklärte bei dieser Gelegenheit, daß auch der Gutenbergsbund sich die Resolution zu eigen mache und die Kollegen seiner Organisation willens sind, sich den Verbandskollegen anzuschließen. Abstimmung und Erklärung lösten ein stürmisches Bravo aus. Kollege Albrecht betonte, damit sei die volle Einheitsfront unter den Buchdruckern hergestellt und schloß hierauf die äußerst stark beachtete und von einem so einmütigen Willen getragene Versammlung. — Am Montag findet eine weitere Versammlung statt.

Nachricht: Für Berlin sind die Würtel gefallen. Es lag in der Hand der Prinzipalität, die Situation anders zu gestalten, doch die Sturzhöhe der Prinzipale und ihr Eigeninn ließen sie den falschen Weg einschlagen. Entsprechend dem gefahrenen Beschlusse der so lange geduldeten Gewerkschaft ist der Streik in Berlin zur vollen Auswirkung gelangt. Punkt 12 Uhr mittags verließen sämtliche Kollegen, einschließlich der Gutenbergsbündler, die Betriebe. Das Erscheinen der Presse ist vollständig eingestellt. Es kommt nur ein Nachrichtenblatt

für die Arbeiterkassette heraus mit den notwendigen Informatoren für unsere Kollegen.

Berlin (Schriftleiter). In der Generalversammlung vom 15. Mai berichtete der Vorsitzende über die die letzte Arbeitstätigkeit des Vorstandes im verflohenen Jahr. Der Bericht war nicht zu verzeihen. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der alten Vorstandsmitglieder, außer dem ersten Vorsitzenden Schneider, der sein Amt niederlegte, und dem Vertreter der Meißingbranche, der aus Gesundheitsrücksichten zurücktrat. Da kein Kandidat für den Posten des ersten Vorsitzenden vorgebracht wurde, wurde die Wahl zur nächsten Versammlung vertagt. Für unsere Inoallden wurde eine Geldzulage beschlossen, um selbige zu Pflichten mit einem Geldgelde zu erfreuen. — In einer außerordentlichen Generalversammlung am 2. Juni berichtete der zweite Vorsitzende, daß durch eine Aussprache mit dem Kollegen Schneider und durch Befestigung einiger Mitstände durch den Vorstand Schneider sich bereit erklärte, das Amt als erster Vorsitzender wieder anzunehmen. Dann berichtete der Vorsitzende über die ständige Arbeit und Ausschüttung. Es fanden sämtliche eingelaufenen Anträge ihre Erledigung. Mit der Lohnregelung war die Versammlung nicht ganz einverstanden, da die Steuerung wieder in sprunghafter Steigerung begriffen ist und die Lohnerböhdungen die Mehrausgaben nicht deckten; trotzdem ergab die Abstimmung gegen eine Minderheit Annahme des neuen Lohnabkommens.

Berlin (Schriftleiter). In der Mitgliederversammlung vom 2. Juni wurde zunächst die Korrespondenz mit untern Brudervereinigungen einer sachlichen Besprechung unterzogen. Bezüglich der in Aussicht genommenen Schriftschneiderkonferenz war sich die Versammlung darin einig, daß diese Konferenz dringend nötig ist, wenn auch nicht in der von Leipzig vorgeschlagenen Ausdehnung, da in die wesentlichen Punkte schon auf der Konferenz in Berlin gehandelt und festgelegt wurden. Eine lebhaftere Debatte rief die Frage der Bezahlung über Minimum hervor. Versprochen wurde eine höhere Entlohnung schon lange, aber unter allen möglichen Umständen immer wieder verschleppt, bis die Prinzipale endlich ihre wahre Absicht äußerten und Akkordarbeit verlangten, obwohl der Reichsarbeitsminister vorkiel. Prinzipalsteilung wurde sogar erklärt, erst sollten wir uns im Prinzip für Akkord erklären, ehe überhaupt Zulagen bezahlt würden. Die bei der Firma S. Berthold U. G. stattgehabte Regung der Zulage gab besonders Veranlassung zu lebhafter Entrüstung. Wird doch neben der teilweise sehr geringen Erhöhung der Überlöhne dabei einem Kollegen, der sich nach halb-jähriger Tätigkeit an der Bohrmachine gut eingearbeitet hat, zugemutet, weiter für den Mindestlohn zu arbeiten. Direktor Braumann von der Firma S. Berthold U. G. möchte eben die Monopolstellung — es kommen hier nur zwei Firmen in Frage — ausnützen und recht niedrige Löhne zahlen. Die Kollegen gaben ihrer Ansicht über diese Lohnbestimmung kräftigen Ausdruck. Es wird dauernd über Mangel an guten Schriftschneidern geklagt, wenn sie aber durch solche Lohnpolitik aus dem Beruf getrieben werden, brauchen sich die Prinzipale nicht zu wundern. Der Antrag der Berliner Prinzipalität, Einführung des Frankfurter-Ostentlocher Akkordtarifs für Handkutschschneider in Berlin, wurde einstimmig abgelehnt. Die Versammlung war sich darüber einig, daß bei der in Berlin üblichen Arbeitsmethode Akkord nicht in Frage kommen kann.

Ellenberg i. Thür. (Haberjägerberichl). In dem verflohenen Salbjahr wurden sechs Versammlungen abgehalten und somit das Verammlungsleben hochgehalten. Unre Mitgliederzahl beträgt zur Zeit 14, hinzu kommen noch zwei Kollegen aus dem Nachbarort Klosterlaus. Die untern Ortsvereine angeschlossen sind. Alle Zebrlinge geboren der Zebrlingsabteilung an. Die tarifliche Entlohnung der Kollegen sowie der Zebrlinge vollzieht sich ohne Schwierigkeiten. Durch die Herausgabe dreier Zebrschriften „Der Kleinbändler“, „Allgemeiner Anzeiger für Agentengeschäfte“ und „Deutscher Adressen-Kurier“, ist der Zebrling gegenüber vortand. In dem neugestifteten Volksbaus der Gewerkschaft Ellenberg beteiligte sich unser Ortsverein durch Anteilnahme. An das Tarifamt soll der Antrag gestellt werden um Einleitung in einen höheren Lohnzulage. — In Simmellabrl unternahmen die Kollegen mit Familie einen Ausflug, der sehr harmonisch verlief.

Seiffgenbreit (Düpr.). Die am 7. Mai in Seiffgenbreit abgehaltene Bezirksversammlung war von Kollegen aus Wormbühl, Pr.-Solland, Braunsberg, Königsberg und Seiffgenbreit dem kleinen Bezirk entsprechend gut besucht. Eingeleitet durch ein kräftiges „Grüß Gott“ der Gelangabteilung des Braunsberger Ortsvereins, begrüßte Vorsitzender Marquardt die erkrankten Kollegen. Bezirksvorsteher Schrade (Braunsberg) erstallte den Jahresbericht, Bezirkskassierer Fröde den Rechnungsbericht. In reger Ausprache wurden einige Angelegenheiten erledigt; es fand hierbei unser Bauortlicher Zebrler Gelegenheit, kritische Punkte betreffend Tarifgemeinschaft und über den Tarifkampf in Ostpreußen, die gelamten Mitglieder aller Bauere zur Zahlung eines Ertragsbeitrags herangezogen werden und nicht wie bisher die einzelnen Mitglieder des betreffenden Bauere. Tarifwürdige Zustände in Wormbühl kamen kaum glaubhaft zur Sprache; es wurde energisch deren Beteiligung verlangt. Um nicht hinter andern Bezirken zurückzubleiben, wurden, nachdem Kollege Zebrje die Gründung einer Zebrlingsabteilung im Interesse unseres gewerblichen Nachwuchses und unser Organisation sehr empfohlen hatte, beschlossen, auch für den hiesigen Bezirk eine solche zu gründen. Da auch im Bezirk Braunsberg

die Zebrlingsabteilung nicht überall tariflich ist, soll das Tarifamt eingeleitet. Nun erst nach langer Aussprache konnte Kollege Reiser uns einen kurzen aber klar umrissenen Bericht von den letzten Tarifausbühlungen geben. Mit Dank und Anerkennung der schweren Lage der Gewerkschaft bei den Tarifausbühlungen wurde die Verammlung vom Vorsitzenden gelöst, um noch in einigen gemüthlichen Stunden mit Damen die Mittagsjagen zu genießen.

o o o o o Mundschau o o o o o

Meisterprüfung. Vor dem Prüfungsausschuss des Handwerksammerbezirks Magdeburg haben die Kollegen Erik Gelbke, Johann Anßler, Alfred Palme, Otto Pfeiffer, Erich Schmidt und Otto Schwarzbach die Meisterprüfung bestanden.

Das Preisanschreiben des Leipziger Gewerkschaftskartells. Die Mahler- und Gestaltentwürfe, die entgegenkommenderweise noch einige Zeit zu Ausstellungszwecken überlassen wurden, werden an die Einfuhrer portofrei zurückgeschickt oder können von Ortsanfalligen im Gewerkschaftskartell, „Volksbaus“, Zimmer 112, von 4 bis 6 Uhr (Sonnabends bis 2 Uhr) in Empfang genommen werden. Straßenbahn wird vergütet.

Zur Bekämpfung der Pressenot. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrats beschlößte sich mit dem Vorschlag über die Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse. Der Entwurf hebt die Verpflichtung der Länder vor, am 1. Juli 1922 an eine Notkassa der deutschen Presse einen Betrag abzuführen, der für das dritte Quartal 1922 2 Mk. ausmacht. Die Länder sollen nach dem Entwurf ermächtigt werden, die Summe auf die Fortbehalter nach einem von ihnen festgelegten Maßstab umlegen. Als Maßstab sollen die Holzverkäufe nach Mengen und Wert dienen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums erklärte, daß an eine Subsidienleistung für Papier nicht gedacht werden könne, da dann das Papierholz vom Markt verdrängt würde. Anders sei es mit der Preisfestlegung für Zellulose. Es wurde ein Arbeitsausschuss eingeleitet, der seine Tätigkeit inzwilchen begonnen hat.

Scheitern der Reichsarbeitsverhandlungen im Buchbinderberuf. Vier Tage lang in Wurgburg geführte Verhandlungen sind durch das Verlangen der Unternehmer, die Arbeitszeit auch in den Großbuchbindereien von Berlin, Leipzig, Stuttgart und München von 48 auf 48 Stunden wöchentlich zu erhöhen, ohne Ergebnis geblieben. Als am 1. September wollten die Unternehmer die Längerarbeit als Arbeitsstunden entschädigen. Es ist la nicht das ermittelte, daß auch für die Großbuchbindereien die vierstündige Arbeitszeit von 48 Stunden Arbeitszeit der Buchbinderberuf 48 Stunden Arbeitszeit von Unternehmerseite gefordert wird, ebenso entlassen hat aber von der Gewerkschaftsleitung dieses Gebahren Ablehnung gefunden. Die Unternehmervertreter verbleiben sich gegenüber den Arbeiterforderungen: Verletzung der sehr verteuerten Orte in höhere Ortsklassen, Änderungen in der Feiertags- und Ferienfrage sowie in der Entlohnung selbst, ablehnend. Die Verhandlungen wurden daher abgetrochen, und der Reichsarbeitsrat hat am 1. Juli einstimmig sein Ende erreicht. Es werden jetzt vorausichtlich überall örtliche Lohnbewegungen einlehen, denen wir guten Erfolg wünschen und auf die wir auch unsere Kollegenkassette aufmerksam machen möchten.

Sanitäre Verhältnisse in den Buchdruckerien. Die auf Grund der Gewerbeordnung erlassenen gewerbebezogenen Sondervorschriften für Buchdruckerien werden nicht immer in vollem Maße befolgt. Mangelhafte Beschaffenheit und ungenügendes Reinigen und Dlen der Fußböden sowie das verbotswidrige Ausblaten der Schriftkassäten in den Seheräumen geben wiederholt Anlaß zu Beanstandungen. Soweit gebrauchswählige Staubsaugapparate oder sonstige Apparate zur Verfügung stehen, die den Staub ins Freie befördern, kann das Ausblaten allerdings auch im Arbeitsraum gelassen. Bei manchen Beanstandungen konnten die Gewerbeaufsichtsdämter nicht durchbringen, so daß die oberen Instanzen zur Befestigung von Mischkäben in Anspruch genommen werden mußten. Als ein wesentlicher hygienischer Fortschritt in der Stereotypie ist die Einrichtung der Olfueuerung an dem Schmelzkegel anzusehen, die in einigen Erudieren Eingang gefunden hat. Neben bedeutender Erleichterung der Arbeit werden die bei der selbstigen Kobleuerung entstandene Gase, Staub und Rauch und die lästige Schlackenreinigung vermieden. Die elektrische Beheizung der Schmelzkegel für die Schmelzmaschinen aller Gattungen (hauptsächlich Linotype) statt der Gas- oder Petroleumheizung, welche die erhebliche Luftverdrängung in den Seheräumen verursacht, findet mehr und mehr Anhang. Ein neues System, die „Dolla“-Seizung, beruht auf Außenbeheizung, deren Körper sich an die vorhandenen Gießkegel nach Bedarf anpassen lassen und eine geloberte Beheizung des Gießmundes ermöglichen; sie ist mit Präzisionsinstrumenten für selbsttätige Reithaltung und Temperaturregulierung ausgestattet. Die Betriebskräfte sowie die gesamte Kollegenkassette achten im eigenen Interesse auf Durchführung der gebliebenen Bestimmungen und werden auch in jeder Weise für hygienische Verbesserungen einlehen.

Gutenbergs-Gesellschaft in Mainz. Nach dem Berichte, der auf der 21. ordentlichen Hauptversammlung am 25. Juni gegeben wurde, sind im verflohenen Jahre 24 Mitglieder ausgetreten, dem aber 50 Neuaufnahmen gegenüberstehen. Das Vereinsvermögen wurde durch Eillungen im Betrage von 30000 Mk. verbessert. Von

den Veröffentlichungen darf ein weiterer Betrag für die Kasse erwartet werden. Nach dem Geschäftsbericht des Bibliotheksdirektors Dr. Ruppel werden die Festvorträge von Kausch im Vorjahre und der des esäbribe von Museumsdirektor Dr. Schramm (Leipzig) in Bände den Mitgliedern der Gesellschaft gemeinsam überliefert werden. Eine weitere Publikation von Scholten (München) ist in Aussicht und steht den Mitgliedern zu einem mäßigen Preise zur Verfügung. Der seiberrige Mitgliederbeitrag von 25 Mk. wird auf 50 Mk. erhöht. Dem Gutenberg-Museum werden 5000 Mk. überwiesen. Der Stellenabschluss, der mit rund 80600 Mk. abschließt, weist ein Mehr von etwa 40000 Mk. gegen das Vorjahr auf. Der sehr anschauliche Lichtbildvortrag des Museumsdirektors Prof. Dr. Schramm (Leipzig) über „Die illustrierten Bibeln der Inkunabelzeit“ brachte eine Fülle reichen und interessanten Materials. Er führte die Holzschnitte in Reproduktion aus zwölf Bibeln jener Zeit vor, an die sich noch eine Gruppe von sieben Bibeln schloß, deren Illustrationen sich mit Architektur (dem Tempel Salomons, dem Stadtbilde von Jerusalem und andern) bedecken. Zu Beginn seines Vortrags wehrte sich Prof. Dr. Schramm gegen die falschen, in den Blättern kursierenden Gerüchte, als habe das Leipziger Buchgewerbe Museum kostbare Frühdrucke nach Amerika verschickt.

Wertvolle Bücher als Manufaktur. Welche großen Bücherwerte noch auf mancher Bodenhammer schlummern oder in sonstigen verborgenen Winkel für unbeschäftigtes Dasein leben, die besser in den öffentlichen Bibliotheken aufgehoben wären und manche Lücke ausfüllen könnten, das dürfte eine Diebstahlsgefahr, die sich in Charlottenburg zugezogen hat, am besten veranschaulichen. Hier war es ein „wilder Diebmann“, der zufällig beim

kürzlich erfolgten Umzug einer Barontin kostbare Bücherstücke auf der Bodenhammer ausbaldomerte und diese in Gemeinschaft mit Komplizen am helllichten Tag ausräuberte. Die Bücher, unter denen sich eine große Anzahl seltener illustrierter Sonderdrucke, jeder mit einem Werte von angeblich 20000 Mk., beland, verkauften die Diebe als Manufaktur mit 4,50 Mk. pro Kilogramm an Produktenhändler. Stehler und Seiler wurden ermittelt und die Bücher zum größten Teil wieder herbeigekauft. Zu wünschen wäre, daß der Einbruch erzieherlich wirkte auf alle diejenigen, die Bücher nutzlos in Boden- oder Kumpelkammern lagern lassen. Das Verhängnis sollte bei ihnen endlich dämmern, daß die Bücher nur in Bäckereien, und zwar in solchen, die fleißig in Anspruch genommen werden, Daseinsberechtigung haben.

nicht Mitglied; 2. der Schweizerdegen Max Kallenberg, geb. in Gienburg 1896, ausgl. dal. 1914; war schon Mitglied. — Martin Prieter in Sile, Scaunburgerstr. 34.
Im Gau Thüringen 1. der Seher Wilm Säger, geb. in Söburg 1898, ausgl. in Weid 1917; war noch nicht Mitglied; die Schweizerdegen 2. Karl Günther, geb. in Giebel, au gel. dal. 1913; 3. Ferdinand Japi, geb. in Steinbach 1900, ausgl. in Bad Liebenstein 1919, waren schon Mitglieder. — Emil Prof in Weimar, Südstraße 36.
Im Gau Württemberg der Seher Jakob Sticker, auch in Weingarten (Württemberg) 1887, ausgl. in Mühlacker 1904; war schon Mitglied. — G. Klein in Stuttgart, Heulestraße 54.

Verammlungskalender

Bielefeld. Bezirksversammlung Sonntag, den 16. Juli, in der „Glenhulle“, Marktstraße 8. Anträge an den Vorsitzenden.
Erfurt. Malchinermeisterversammlung Donnerstag, den 13. Juli, abends 8 Uhr, im „Stadthaus“.
Gera. Bezirksversammlung Sonntag, den 16. Juli, vormittags 9½ Uhr, in Pöthner (Thür.). Anträge bis 10. Juli an den Vorsitzenden Paul Seufel.
Herrmann. Maschinenseher Bezirksversammlung Sonntag, den 16. Juli, vormittags 10 Uhr, in der „Hövelstraße“, in Dornmund, Hövelstraße.
Sagen i. Weim. Bezirksversammlung Sonntag, den 23. Juli, in Weim a. d. Ruhr. Anträge bis 12. Juli an den Vorsitzenden.
Siebn. Maschinenseher-Gauversammlung (Vereinigung Rheinland-Messingen) Sonntag, den 30. Juli, vormittags 10 Uhr, im Hotel „Industriehof“ zu Siebn, Ehe Hämers und Glotzengasse.
Übched. Verammlung Sonnabend, den 15. Juli, abends 7½ Uhr, im „Gemeinschaftshaus“ (kleiner Saal).
Planen i. B. Bezirksversammlung Sonntag, den 16. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schliersgarten“, Paulser Straße.
Kadeberg. Verammlung Sonnabend, den 9. Juli, abends 8 Uhr, im „Forsburg“.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsipplatz 51L.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.
Zur Aufnahme gemeldet
(Einwendungen innerhalb 41 Tagen an die beigeMale (Mrs):
Im Gau Hamburg-Allona die Seher 1. Arnold Fromin, geb. in Hamburg 1878, ausgl. dal. 1896; 2. Friedrich Scheffler, geb. in Berlin 1889, ausgl. dal. 1903; 3. der Maschinenseher Theodor Mäler, geb. in Zeahelm 1902, ausgl. in Ellingen 1920; 4. der Seher Henry Kanne, geb. in Hamburg 1898, ausgl. dal. 1918; 5. der Schweizerdegen Hans Siedow, geb. in Gersa 1900, ausgl. in Angerburg 1920; waren schon Mitglieder. — Fr. Kunzler in Hamburg, Belenbinderhof 57 11.
Im Gau Schleswig-Holstein 1. der Seher Oberhard Hamburg, geb. in Neustadt i. W. 1903, ausgl. dal. 1922; war noch

Kollegen

aller großen Städte und Bezirke Deutschlands, die sich an einer ehrlich-sozialistischen Wochenschrift beteiligen und für ihren intensiven Vertrieb einsetzen würden, wollen ihre Anschrift senden an **Georg Müller, Korrektor, Berlin NW 21, Emdener Straße 55.**

Bandwurm und Würmer,

woran soll die halbe Menschheit leiden, entfernt schnell und sicher ohne Verursachung und Hungerkur **Wurm-Loke, Hamburg 11a 121.** Spielzeug gegen Wurmliden. — Bestellen Sie Ausschuss gegen 3 Mk. in Kassenheine. 18
Für eine große Druckerei der Provinz Brandenburg wird ein hervorragender, auch sehr bequemer **erster Akzidenzseher** gesucht. Nur erste Kräfte wollen ausführliche Angebote mit Lebenslauf, Bild, Referenzen, Zeugnisabschriften, eignen Entwürfen und Gehaltsansprüchen unter Nr. 59 an die Geschäftsstelle dieses Blattes richten.

Maschinenmeister

Ein im Farben- und Illustrationsdruck auf der Höhe der Zeit stehender wird von großer Druckerei der Provinz Brandenburg gesucht. Ausführliche Angebote nur erster Kräfte mit Zeugnisabschriften, eignen Druckmustern und Gehaltsansprüchen werden unter Nr. 60 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Nach Polen!

(Polnisch-Oberklasse) wird junger, unverheirateter, tüchtiger **Rotationsmaschinenmeister** für 24teilige, dänische Bogeländer für sofort gesucht. Lohn 100 Mk. über den deutschen Inlandstarif (hier noch verbindlich). 110
Offerten mit Zeugnisabschriften an „Conte Grah“, Akt.-Ges., Kattowice, ul. Fryderyha 58.

Monotypeseher

10jähr. Pragis, bewandert in allen Scharien, selbständig u. gewissenhaft arbeitend, wünscht sich in leitende Stellung zu verändern. 112
Offerten unter Nr. 76 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Tüchtiger, vorwärtsstrebender

Akzidenzseher

für im Anzeigenfab, Rund- und Flachstereotypie, sucht für sofort angenehme Dauerstellung. 197
Angebote an Karl Härtel, Eisenberg i. Ed., Klosterlausitzer Straße 12.

Gut!

Egal wohin!

Jünger, vorwärtsstrebender, gebildeter

Schrißseher

23 Jahre alt, bewandert in allen Scharien, wünscht sich sofort dauernd zu verändern, wo er sich eventuell an der Monotypie ausbilden kann. Süddeutschland (Bayern) bevorzugt, jedoch nicht Bedingung. Gute Zeugnisse. Eintritt 14 Tage nach Anagnahme. 111
Offerten unter G. F. 932 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Gut!

Gut!

Typographseher

an U-B vollk. vertraut, tücht. Drucker! Wilhelm Opitz, Dresden-21. 1108

Typographseher

Modell B und U-B, sofort gesucht. G. A. Brochhaus, Leipzig.

Typographseher

an Modell A und B ausgebildet, zu baldigem Eintritt in dauernde Stellung gesucht. 1114
Off. Offerten erbeten an H. Nagel H.-G., Düsseldorf 112.

Typographseher

für A-Modell sofort gesucht. 1167
Haltberg & Büchling, Leipzig-21, Emdenerstraße 23.

Inseratenakquisiteur

in allen Städten für Reklamenten sofort gesucht. Hoher Verdienst, eventuell Abgrenzung. Anfragen an 79
Max Friedel, Jena, Dietrichsberg 2.

Maschinenmeister

für Werk- und Plattendruck sofort gesucht. G. A. Brochhaus, Leipzig.

Zum baldigen Eintritt suchen wir einen tüchtigen

Monotypeseher

möglichst gelernter Seher, Bewerber, welche mit der Bedienung und dem Wesen der Maschine gut vertraut sind und sich hierüber ausweisen können, wollen ihre Angebote mit Angaben über bisherige Tätigkeit umgehend einreichen. 112
H. Schwann, Düsseldorf.

Jünger, 20jähriger Schrißseher

in ungehindertester Stellung, wünscht sich sofort zu verändern. Gute Zeugnisse vorhanden. Eintritt nach Uebernahme. Angebote unter F. 115 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

26jähriger, erfahrener Schrißseher

sucht sofort Stellung in Großstadt oder Provinzort Westfalens, auch ausblissweise angenehm. 1112
Off. Offerten erbittet Max Gräner, Schwerte (Ruhr), postlagernd.

Schrißseher

sucht sofort Stellung in Großstadt oder Provinzort Westfalens, auch ausblissweise angenehm. 1112
Off. Offerten erbittet Max Gräner, Schwerte (Ruhr), postlagernd.

Jünger, flotter Seher

für in allen Scharien, möchte sich an der Monotypie gründlich ausbilden (Vorkenntnisse vorhanden). Egal wohin. 111
Off. Offerten unter H. P. 81 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Ginotype-Instruktionsbuch

zu kaufen gesucht. 111
W. erber, Sagen i. W., Stampfstr. 10.

Schrißseher

(22 Jahre alt), bewandert in allen vorkommenden Scharien, sucht sofort Stellung. 109
Angebote erbeten an Hans Aray, Dlesdorf (Kreis Striegau i. Schl.).

Schrißseher

19 Jahre alt, in allen Scharien bewandert, sucht sofort Stellung. 198
Angebote erbittet Paul Guchsmann, Drucker, Dlesdorf (Post Wäbersdorf, Kr. Striegau i. Schl.).

Seherstereotypseher

in ungehindertester Stellung, 23 Jahre alt, firm im Satz sowie Rund und Flach, sucht sich zu verändern. 112
Off. Offerten unter Nr. 113 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Schweizerdegen

geprüfter Meister, 31 Jahre alt, verheiratet, tüchtig und zuverlässig, mit guten Papieren, Kalkulations- und Buchführungskenntnissen, sucht gelegentlich

Welcher Kollege

verkauft gebrauchte (auch neue) zuverlässige, deutsch-russische Wörterbücher? Angebot erbittet 1103
G. Banneher, Emden, Heinrichstr. 12 b.

Maschinenband, Messingbenzinkanen, Kolonnenständer, Einzelschnur, Ausgelegtaste für Schnellpr.

Rezner & Moll, 1101
Düsseldorf, Graf-Wilhelm-Straße 112.

Hamburg!

Welcher ältere Hamburger Kollege (Meister) würde jungem Kollegen als Vorbereitung auf den Meisterkursus Unterricht erteilen in Preisberechnung und Kalkulation? 1112
Angebote mit Preisangabe, unter F. L. 93 postlagernd Hamburg, Aml 23, erbeten.

Mandolinen, Lauten

Harmontika und jedes anhr. Musikinstrument gut u. billig Preisliste frei. Max Dörfler, Klingenthal S.

Herrmann Hugo

aus Hona (Wendens), ein erstklassiges Instrument bewahrt ihm

Der Druckerin Rudolfsburg

(Sachsen-Anhalt)

Paul Brunzlow

im 22. Lebensjahre, 1109
ein ehrenreiches Lindenken bewahrt ihm

Rudolf Sachse

im Alter von 36 Jahren. Die kollegenschäftige Polsterns wird ihm ein liebes Andenken bewahren.

Druckverein Potsdam

Bezirks-Maschinenmeisterklub Potsdam. Bezirksverein „Potsdam“ Gefangenenverein „Gutenbergs“ Potsdam.

Zurichtemeister und Scheren

Ahlen und Pinzetten sowie alle Werkzeuge für Seher und Drucker empfiehlt K. Siegel, Wilmchen D. Katalog 1 Mk.

Bintelhaten

Neuflücker, auch an Wiederverkäufer. G. Diehl, Stuttgart, Ludwigsstraße 96.

Berliner Kollegen!

Zureitender junger Kollege (München) sucht zum 15. Juli möbliertes Zimmer zu mieten. Am liebsten Berlin S. Off. Zuschriften an Erwin Seher, Zwickau i. Sachsl., Amalienstraße 14 i. bei Pechlein. 130

Teilzahlung

Kataloge umsonst und portofrei. Photo-Apparate aller Art. 8teilige Photo-Artikel Lederwapp aller Art. Koffer, Ruokeloke, Schirme, Reisekoffer, Reisezeuge

Jonass & Co. P. 407

Belle-Alliance-Straße 7-10

Zurichtemeister und Scheren

Ahlen und Pinzetten sowie alle Werkzeuge für Seher und Drucker empfiehlt K. Siegel, Wilmchen D. Katalog 1 Mk.

Am 19. Juni verstarb in Jena

nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher **Paul Brunzlow** im 22. Lebensjahre. 1109
ein ehrenreiches Lindenken bewahrt ihm

Der Bezirksverein Frankfurt a. d. O.

Am Sonntag, dem 25. Juni, verstarb plötzlich unser lieber Kollege und langjähriger Mitarbeiter des Maschinenmeisterklubs, der Drucker **Rudolf Sachse** im Alter von 36 Jahren. Die kollegenschäftige Polsterns wird ihm ein liebes Andenken bewahren.

Druckverein Potsdam

Bezirks-Maschinenmeisterklub Potsdam. Bezirksverein „Potsdam“ Gefangenenverein „Gutenbergs“ Potsdam.

Am 19. Juni verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden in Jena

einmal unser lieber Kollege, der Seher **Hermann Hugo** aus Hona (Wendens), ein erstklassiges Instrument bewahrt ihm

Der Druckerin Rudolfsburg

(Sachsen-Anhalt)